

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Tarifabschluß im öffentlichen Dienst • Lohnfortzahlung gerettet • eigene Ziele wenig durchgesetzt

S. 4



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Der Euro kommt: ein imperialistisches Projekt	3
Ermittlungen Lübecker Brandanschlag wieder aufgenommen ...	3
Dokumentiert: Gysi zum Euro	4
„Volksgruppenrechtler“ demnächst in Prag	5
Tarifabschluß ÖTV: Lohnfortzahlung gerettet	5
Bilanzen deutscher Konzerne: Ein Boom nur für Aktionäre	7

Auslandsberichterstattung

Betrifft: Afrika	8
Mexiko: Aufstandsbekämpfung ...	9
Costa Rica: Frauenquoten: Schein oder Sein?	9
Meldungen	10

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Karawane zur WTO-Konferenz in Genf	13
Regensburg: Antifaschistischer Gedenktag mit tschechischen Gästen	14
Hamburg: Pflege ist nicht genug! ..	14
Essen: Aushungern als Strategie gegen Flüchtlinge	15
Leipzig: PDS-Kandidat zu den OB-Wahlen vor CDU	16
O-Ton	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
IG Metall befürchtet Sonder-tarifgebiet Ost	19
Siemens: Konzernweite Lohnsenkungsprogramme	19
Geringfügig Beschäftigte: Mittendrin und doch draußen ...	20
HBV: Keine Feiertagsarbeit für den Euro	21

Diskussion und Dokumentation

Eindrücke vom PDS-Parteitag ..	22
Dokumentiert: André Brie zum Entwurf des Wahlprogramms	22
Dokumentiert: Christa Luft „für einen zukunftsfähigen Osten“ ...	22

Letzte Seiten

Texte wider die Rassenkonstruktion durch die Humanbiologie	27
--	----

Termine	28
----------------------	----

ALTENPFLEGE: SPD, Grünen und PDS unterstützen die Proteste von ÖTV und Pflegeverbänden gegen die Senkung der Standards in der Altenpflege. Für die Grünen erklärte ihre seniorenpolitische Sprecherin Irmengard Scheewe-Gerigk am 26.3. zu der Demonstration von ÖTV und Pflegekräften in Bonn: „In einer Nacht- und Nebelaktion wollte die Bundesregierung den Mindestanteil an Fachpflegekräften (50%) in der Altenpflege außer Kraft setzen. Ca. 600 000 pflegebedürftige Menschen wären davon betroffen. Denn daß es ohne eine Fest-schreibung von Mindeststandards zu einer Verschlechterung der Pflegequalität kommen wird, steht außer Zweifel. Gegen dieses skandalöse Vorhaben der Bundesregierung machen jetzt Gewerkschaften und Verbände mobil. Wir unterstützen vorbehaltlos die Forderungen der ÖTV und der Wohlfahrtsverbände: Die bestehende Mindestfachkraftquote von 50% muß erhalten bleiben. Eine Abschaffung würde nicht nur den Lebensstandard Pflegebedürftiger abbauen, sondern auch qualifizierte (Frauen)Arbeitsplätze vernichten bzw. Auszubildende ohne Perspektive auf einen Arbeitsplatz im Regen stehen lassen.“

STAATSBÜRGERSCHAFT: Nach der SPD wollen nun auch die Grünen im Bundestag noch einmal für die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts Druck machen. Ende März beschloß die Fraktion, erneut einen Antrag zur Reform der Einbürgerung einzubringen. Kindern der zweiten und dritten Generation von hier lebenden Ausländern, die hier geboren wurden, sollen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

WEHRMACHT-TRADITIONEN: Auf ihrer Fraktionssitzung Ende März haben die Grünen im Bundestag beschlossen, eine Reform der Traditionspflege bei der Bundeswehr zu verlangen. Im einzelnen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine „demokratieverträgliche Präzisierung der Traditionsrichtlinien der Bundeswehr vorzunehmen. Die politische Bildung und Rechtsausbildung soll verbessert werden. Des weiteren sollten die gegenwärtigen Schiffs- und Kasernennamen auf ihre demokratische Leitbildfunktion hin überprüft werden und bestehende Patenschaften zwischen Bundeswehr und ehemaligen Verbänden der Wehrmacht aufgelöst werden.“

BILLIGLOHN-POST: Kurz vor Ostern wurde bekannt, daß die Postbehörde erste Lizenzen für Privatanbieter vergeben hat. Zu welchen Lohn- und Tarifstandards, teilte am 3. April der PDS-Abgeordnete Gerhard Jüttemann mit: „Die seit Jahresbeginn tätige Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post wartete jetzt mit einer Mitteilung auf, die die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in Rage bringen dürfte. Behördenpräsident Walter Scheurle erklärte

dem zuständigen Bundestagsausschuß in dieser Woche, was er unter sozialen Mindeststandards für Beschäftigte im Postbereich verstehe: Prüfung der Arbeitsbedingungen und ob die Tätigkeiten nur mit 620/520-DM-Jobs oder durch Scheinselbstständige ausgeführt werden – und sonst nichts. Untergrenzen für Lohn und Gehalt – Fehlanzeige; Regelungen für Arbeitszeit, Urlaub und andere Kernpunkte jedes normalen Arbeitsvertrages – Fehlanzeige; Vorlage einer von der DPG geforderten Musterlizenz mit verbindlichen Vorgaben für soziale Mindeststandards – ebenfalls Fehlanzeige. Originalton Scheurle: Soweit mir bekannt ist, gibt es nur auf dem Bau Regelungen für Mindestlöhne. Der PDS-Antrag zum Postgesetz hatte damals neben der Verpflichtung zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und Ausschluß von Scheinselbstständigkeit auch umfassenden Kündigungsschutz und Tarifbindung gefordert. Doch er wurde abgelehnt, auch mit den Stimmen der SPD.“

BILLIGFLAGGEN: Mit einem neuen „Förderungsprogramm“ leistet die Bundesregierung der Ausbreitung von Billigstlöhnen auf den Schiffen erneut Beihilfe. Darauf hat die PDS-Abgeordnete Dagmar Enkelmann am 2. April hingewiesen: „Die geänderte Schiffsbesetzungsverordnung schreibt nicht mehr, wie bisher, eine Regelbesatzung von 7 Seeleuten mit deutschen Zertifikaten vor. Gefordert ist jetzt, daß der Kapitän deutscher Staatsangehöriger sein muß. Es reicht nicht mehr, daß er, wie bisher, Inhaber eines deutschen Patents ist. Das bedeutet zum einen ein Berufsverbot für ausländische Staatsangehörige mit deutschem Befähigungszeugnis, zum anderen ermöglicht die neue Schiffsbesetzungsverordnung, fast ausschließlich ausländische Seeleute zu Bedingungen ihrer Herkunftsländer einzustellen, was auf Beschäftigungsverhältnisse zu Niedrigstlöhnen hinausläuft. Es ist allerhöchste Zeit, international einheitliche Lohn- und Sozialstandards auszuhandeln, um die Arbeitsplätze für deutsche Seeleute zu erhalten und diese vor Lohn- und Sozialdumping zu schützen. Bereits heute liegt die Arbeitslosenquote von deutschen Seeleuten bei über 18 Prozent. Die Bundesregierung hat keinerlei Anstrengungen unternommen, um die Beschäftigten abzusichern.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 23. April berät der Bundestag über die Euro-Einführung. Am Abend diskutieren die Abgeordneten über Anträge von Grünen und PDS gegen den Abbau von ABM-Jobs und für ein Wirtschaftsprogramm für die neuen Länder. Am 24.4. steht die Hochschulpolitik, die Lage der Bundeswehr und ihre rechtsextremen Skandale, der 60. Jahrestag der Bombardierung von Guernika und die nukleare Endlagerpolitik auf der Tagesordnung. Am 26.4. sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt.

Der Euro kommt, die Spekulationen haben schon begonnen

Am 2. April hat der Bundestag in erster Lesung die Gesetze zur Einführung des Euro beraten. Alle Parteien mit Ausnahme der PDS stimmten dem Vorhaben zu. Bereits am 23. April, also in der Rekordzeit von gerade drei Wochen nach der ersten Lesung, soll der Bundestag in zweiter und dritter Lesung sämtliche erforderlichen Gesetze verabschieden. Am 24. April entscheidet dann bereits der Bundesrat, so daß alle entsprechenden deutschen Gesetze bereits vor dem 1. Mai verabschiedet sein dürften.

Nach dem langen Streit innerhalb der Union und angesichts der anhaltenden Sorgen und Unzufriedenheit in der Bevölkerung will die Bundesregierung ganz offensichtlich keine Risiken eingehen und keine lange Debatte mehr über die Währungsunion. Statt dessen soll die Bevölkerung, sollen aber auch die anderen EU-Staaten rasch vor vollendete Tatsachen gestellt werden, damit sich eine breitere Kritik gar nicht erst entfalten kann.

Die Bundesregierung drängt auf Tempo

Am 2. und 3. Mai, so der Fahrplan, entscheiden dann bereits die Staats- und Regierungschefs der EU auf einem Gipfeltreffen formell über den endgültigen Teilnehmerkreis, der ab 1.1.1999 in die sogenannte „dritte Stufe“ der Währungsunion eintritt, und über die Zusammensetzung des Zentralbankrats der neuen Europäischen Zentralbank (EZB).

Dritte Stufe heißt:

- Die Wechselkurse unter den Teilnehmerstaaten untereinander sind gesetzlich festgeschrieben, Änderungen sind ausgeschlossen.
- Alle Transaktionen, auch einfache Überweisungen, können dann entweder in DM oder in Euro ausgeführt werden. Alle umlaufenden Staatsschulden und neue Emissionen werden auf Euro umgestellt, Firmen können ihre Abschlüsse und Bilanzen in DM oder Euro abgeben. Evtuell können auch die Steuerbescheide bereits in Euro erfolgen – im Juni wollen die Finanzminister von Bund und Ländern darüber noch einmal beraten, nachdem ihre Entscheidung, mit dieser Umstellung bis zum Jahr 2002 zu warten, von Verbänden wie dem BDI hart kritisiert worden war.
- Gleichzeitig nimmt die Europäische Zentralbank ihre Arbeit auf.

Ihrem Zentralbankrat, über dessen

Vorsitz ebenfalls bereits am 2./3. Mai auf dem EU-Gipfel entschieden werden soll, werden 17 Mitglieder angehören. Die BRD, Frankreich und Italien, Spanien, die Niederlande und Belgien entsenden dabei vermutlich jeweils zwei Vertreter in den EZB-Rat, Irland, Finnland, Portugal, Luxemburg und Österreich je einen. Als deutsche Vertreter sollen Bundesbank-Präsident Tietmeyer und der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium Stark, der als „Erfinder des Stabilitätspakts“ gilt, im EZB-Rat vertreten sein, heißt es in der Presse. Tietmeyers Amtszeit als Bundesbankpräsident endet im Sommer 1999, sein Nachfolger für die BRD im EZB wird von der dann amtierenden Bundesregierung ernannt.

Anhaltender Streit um den Vorsitz im EZB

Was den Vorsitz des EZB angeht, scheint die Bundesregierung auf dem niederländischen Zentralbankchef Duisenberg zu bestehen. Politiker aus den Benelux-Staaten zu benennen, um so unter Ausnutzung der deutschen wirtschaftlichen und politischen Macht in diesen Ländern deutsche Interessen in der EU besser durchsetzen zu können, ist ein schon beinahe traditioneller „Trick“ deutscher Großmachtpolitik in der EU.

Sollte statt Duisenberg überraschend doch noch der französische Zentralbankchef für den EZB-Chefsessel nominiert werden, so dürfte die französische Regierung dafür einen hohen Preis zahlen müssen. Denkbar wäre etwa ein französisches Nachgeben im Bereich der Atomwaffen oder bei EU-Rüstungsallianzen, wo Konzerne wie Daimler u.a. eine Reform des Airbus-Konsortiums unter Einschluß der Luftrüstung fordern, was das Ende einer eigenen französischen Luftrüstung bedeuten würde.

Der Euro bedeutet eine weitere Festigung der deutschen Vormacht in Europa

Schon bei der Entscheidung über den Teilnehmerkreis am Euro sollen ähnlich weitreichende Entscheidungen getroffen worden sein. So soll die italienische Regierung für die Zulassung zum Teilnehmerkreis der Währungsunion auf jeden Widerstand gegen das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz in der UNO verzichtet haben.

Daß die Einführung des Euro selbst

Pressemitteilung des Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Ermittlungen zum Lübecker Brandanschlag wieder aufgenommen

Lübeck. Die Presse meldete es bundesweit: in Lübeck sind die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße wieder aufgenommen worden, gegen die vier Grevesmühlener Jugendlichen, die bereits zu Anfang der Ermittlungen unter Tatverdacht gestanden hatten. Einer der Jugendlichen, der zur Zeit wegen anderer Straftaten in Haft sitzt, hat ein Geständnis abgelegt, inzwischen aber wohl seine Aussagen bereits widerrufen. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus erklärt dazu:

Es muß bedenklich stimmen, daß das Geständnis des Maik Wotenow bereits Ende Februar erfolgte und diese Nachricht erst jetzt durch Presserecherchen die Öffentlichkeit erreichte. Ebenso befremdlich ist, daß die Staatsanwälte nun sofort wieder abwiegeln. Ein direktes Geständnis, das nicht vom Hörensagen stammt, ist mehr, als gegen Safwan Eid jemals vorgelegen hätte. Im Januar 1996 kannte die Staatsanwaltschaft entsprechende Zurückhaltung nicht, als es darum ging, einen Flüchtling der Brandstiftung zu bezichtigen.

Wenn Staatsanwalt Schultz in den *Lübecker Nachrichten* vom 8.4.98 sagt, daß „jedem Hinweis“ nachgegangen werde, „sei er auch noch so fernliegend“, so muß hierzu festgestellt werden: Die Staatsanwaltschaft ist über zwei Jahre lang fernliegenden Hinweisen gefolgt, jetzt müssen endlich die naheliegenden ins Blickfeld rücken. Die vier Grevesmühlener jungen Männer waren von Anfang an bis heute dringend tatverdächtig. Die Ermittlungen gegen sie sind nach unserer Überzeugung nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Erwägungen eingestellt worden. Insbesondere ist bis heute unerklärt, wie drei der vier Verdächtigen zu frischen Brandspuren im Gesicht gekommen sind. Ihr angebliches Alibi ist angesichts der bis heute unklaren Tatzeit und der unterschiedlichen Aussagen hierzu ohne Belang.

Obwohl viele Beweise inzwischen vernichtet worden sind, hoffen wir, daß nun endlich die Aufdeckung der Wahrheit beginnen kann. Dazu wird es notwendig sein, noch einmal bei Null anzufangen und die bisherigen Ermittlungen, die nicht unparteiisch, sondern einseitig waren, beiseite zu lassen. Die überlebenden Opfer haben einen Anspruch auf die Wahrheit und einen Anspruch darauf, nicht länger beschuldigt zu werden, der Täter sei aus ihrer Mitte gekommen.

Gregor Gysi (PDS) im Bundestag zur Einführung des Euro

(...) Herr Bundeskanzler, Sie haben sicherlich den Bericht der Bundesbank gelesen, und Sie können nicht leugnen, daß in diesem Bericht eine Menge Bedenken formuliert sind und daß ganz am Schluß, praktisch wie ein bißchen künstlich aufgesetzt, die Formulierung kommt, daß es vertretbar sei. „Vertretbar“ klingt aber wie „gerade noch vertretbar“. Das heißt nicht, daß es gut ist oder daß es besonders positive Folgen und Wirkungen hat.

Ich darf an ein ähnliches Verhalten der Bundesbank im Zusammenhang mit der deutschen Währungsunion erinnern. Da hat nämlich die Bundesbank auch vor den Folgen gewarnt und hat dennoch gesagt, die Währungsunion sei vertretbar. Die Folgen spüren wir noch heute. Schauen wir uns doch die Ergebnisse einer falsch angelegten Währungsunion in Deutschland selbst an. Der Osten ist deindustrialisiert. Das wird beim Euro die Zukunft des Südens in Europa sein, zum Beispiel die Zukunft von Portugal und Spanien.

Der Osten hat eine riesige Massenarbeitslosigkeit. Natürlich gab es auch Unternehmen, die von der Erweiterung des Binnenmarktes und der Währung Vorteile hatten, gerade im westlichen Teil Deutschlands. Das sind die Vorteile, die im Rahmen der Europäischen Währungsunion die großen Konzerne und Banken haben, weil sie sozusagen ohne jede Hemmung expandieren und exportieren können. Aber letztlich haben wir nicht nur eine wahnsinnig hohe Massenarbeitslosigkeit im Osten, sondern auch mehr Insolvenzen im Westen und immer mehr Arbeitslosigkeit im Westen. Das wird auch die Folge der Europäischen Währungsunion sein, und zwar einfach deshalb, weil die Bedingungen für sie nicht stimmen.

Da ist eigentlich fast alles an Kritik schon genannt worden. Allerdings wird dann die falsche Schlußfolgerung gezogen und gesagt: Das ganze Ding stimmt zwar nicht, aber wir stimmen dennoch zu. (...)

Herr Bundeskanzler, wenn Sie heute das erste Mal offen eingestehen, daß die anderen Länder nicht bereit seien, sich nach unseren sozialen Standards zu richten, dann sagen Sie damit doch nur, daß Sie unsere sozialen Standards noch mehr als gegenwärtig in Frage stellen. Später nämlich werden Sie mit dem Argument kommen, daß diese Standards im Wettbewerb nicht zu halten seien, daß sie gesenkt werden müßten, weil wir hier in Deutschland ansonsten im Rahmen der Einheitswährung eine Bruchlandung machen würden. Das heißt: Sie projizieren den weiteren Sozialabbau, Sie organisieren Lohndumping. (...)

aus: Bundestagsprotokoll vom 2. April

vor allem den deutschen Konzernen nutzen wird, die den größten Teil des Im- und Exportgeschäfts innerhalb der EU abwickeln und die künftig fast zwei Drittel des bundesdeutschen Im- und Exports künftig ungefährdet von irgendwelchen Wechselkursänderungen abwickeln können, darüber waren sich auch in der Bundestagsdebatte am 2. April alle Befürworter der Euro-Einführung einig. Die deutsche Vormachtstellung in Europa wird damit im Vorgriff auf die EU-Osterweiterung, bei der deutsche Konzerne sowieso vorneweg marschieren, durch die Bildung der Euro-Zone weiter befestigt. Das Gerede von Grünen wie Trittin, die Ablösung der D-Mark durch den Euro schwäche den deutschen Nationalismus, ist einfach unwahr. In Wirklichkeit ziehen sich die Grünen mit ihrer Zustimmung zum Euro ein weiteres Mal aus dem Widerstand gegen deutsche Großmachtspolitik zurück.

Eine Euro-Zone bis nach Afrika

In der Presse nur ganz am Rande behandelt wird derzeit, daß der Euro auch auf das Verhältnis der EU zu Afrika Einfluß hat. Denn ab 1.1.1999 werden auch 14 afrikanische Staaten zum Euro-Raum gehören. Es handelt sich um Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Guinea Bissau, Mali, Niger, Senegal, Togo, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Republik Kongo, Äquatorial-Guinea und Gabun. Die Währungen all dieser Staaten waren bisher über die sog. „Franc-CFA-Zone“ an den Kurs des französischen Franc gebunden, alle Währungsreserven lagerten bei der Bank von Frankreich – einer der vielen neokolonialen Hebel, den sich die EU-Staaten zur Plünderung dieser Staaten bewahrt haben.

Eine wichtige Folge dieses neokolonialen „Währungsraums“ war schon bisher, daß die (bisher vor allem französischen) Inhaber von (staatlichen oder privaten) Schuldscheinen aus dieser Region gegen jeden Wechselkursverlust geschützt waren. Wer z.B. Handel trieb mit diesen Staaten oder aus anderen Gründen private oder öffentliche Schuldscheine aus diesem Gebiet besaß, war vor jedem Abwertungsverlust sicher.

Dieser Vorteil verwandelt sich ab 1.1.1999 von einem Monopol für französische Firmen und Privatpersonen zu einem gemeinschaftlichen Vorteil aller europäischen Mitglieder der Euro-Zone. Denn ab 1.1.1999 tritt auch für die oben genannten 14 afrikanischen Staaten der Euro an die Stelle des französischen Franc. Für die afrikanischen Schuldner freilich entstehen aus dieser Umstellung nur weitere Nachteile. Für sie wird damit die Möglichkeit, sich durch Abwertung ihrer Währung von Auslandsschulden zu befreien oder diese wenigstens zu vermindern, künftig noch geringer. Die Macht europäischer Firmen und Privatpersonen auf dem afrikanischen Kontinent wird damit noch drückender.

Euro-Zone contra Dollar-Dominanz

Derweil blüht in den Börsen und Geschäftszentralen der künftigen Euro-Zone die Spekulation über die künftige Rolle des Euro auf dem Weltmarkt. Derzeit hat der Dollar an den Währungsreserven der Welt einen Anteil von ca. 63 Prozent. An zweiter Stelle steht die D-Mark mit ca. 14 Prozent, gefolgt vom japanischen Yen mit 7%, dem britischen Pfund, dem Schweizer Franken und anderen Währungen.

Für den künftigen Euro werden an den Börsenplätzen, bei Banken und anderen Konzernen derzeit Anteile an den Währungsreserven der Welt von 30 bis 35 Prozent gehandelt. Aber nur „mittelfristig“. Denn ein solcher Anteil würde bedeuten, daß weltweit Schuldscheine im Wert von ca. 1.000 Milliarden Dollar von Dollar auf Euro umgewandelt werden müssen. Wenn diese enorme Umschichtung – ganz abgesehen davon, ob sie überhaupt gelingt – zu schnell abläuft, würde das den Kurs des Dollar stark nach unten drücken, die frohen Mienen deutsche Konzernchefs über fette Exportgewinne dank hohen Dollarkurses würden schlagartig in Tobsuchtsanfälle umschlagen. Man will also eine „behutsame“ Umschichtung, so in ca. 10 bis 15 Jahren.

Hoffnungen auf ein fettes Geschäft

Am Ende aber locken enorme Gewinne und Machtzuwächse für die europäischen Konzerne, der Sturz des Dollars als Weltleitwährung und Monopolwährung im Erdöl- und anderen Rohstoffgeschäften und riesige Zinsgewinne europäischer Banken und Investmentfonds für die vielen Euro-Schuldscheine, die bald weltweit zirkulieren sollen. Zur Verdeutlichung: Die Bundesbank erzielt derzeit einen jährlichen Überschuß von 10 bis 15 Milliarden DM, bei einem Weltmarktanteil der D-Mark von ca. 14 bis 15 Prozent.

Bei einem Weltmarktanteil des Euro von künftig 30 bis 35% winkt also selbst bei gleichbleibendem weltweitem Devisenumlauf – wahrscheinlicher aber ist ein Anstieg – ein Zinsgewinn der künftigen EU-Zentralbank von 15 bis 20 Milliarden Euro im Jahr – von Emissionsgewinnen und sonstigen Einnahmen der Banken und Konzerne der künftigen Euro-Zone ganz zu schweigen!

Ein enormes imperialistisches Projekt also, das da am 1.1.1999 seinen formellen Anfang nehmen soll. Ein Projekt, das die Staaten der Dritten Welt, speziell in Afrika, und die Lohnabhängigen in der EU mit weiterer Deregulierung und Senkung des Lebensstandards bezahlen sollen. Einzig die PDS wird im Bundestag am 23.4. gegen das Vorhaben stimmen.

(rül)

Quellen: Tagesspiegel, 25.3. und 28.3.; Handelsblatt, 6.4 und 7.4.; Bundesbank Presseberichte Nr. 20-22/98; Bundestagsprotokoll vom 2.4.98

Demnächst in Prag:

Der FUEV-Kongreß

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) mit Sitz in Flensburg, die auf die Durchsetzung eines sogenannten „Volksgruppenrechtes“ auf europäischer Ebene spezialisiert ist, wird ausgerechnet dieses Jahr, im 60. Jahr nach dem faschistischen „Münchener Abkommen“, das die Zerstückelung und Annexion der Tschechoslowakei durch das faschistische Deutsche Reich einleitete, vom 20. bis 24. Mai ihren Nationalitätenkongreß in Prag abhalten. Dies ist ein Zugeständnis der Prager Regierung auf die Forderungen nach stärkerem Schutz „nationaler Minderheiten“ in der Tschechischen Republik.

So attackierte das FUEV-Präsidium bereits vor drei Jahren auf einer Tagung in Ostrava geschickt die Regierung in Prag: In der Republik Tschechien mit seinen etwa 10,3 Millionen Einwohnern lebten ca. 400 000 Roma, 320 000 Slowaken, 60 000 Polen, 50 000 Deutsche, 10 000 Ukrainer und je 4 000 Ungarn, Bulgaren und Griechen.

Abgesehen von den Roma, die einer starken Diskriminierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt seien, würden alle Minderheiten, von denen nur wenige staatlich als solche anerkannt seien, unter großen Assimilierungsproblemen leiden, ohne diesen wirksam begegnen zu können.

Hierzu fehle es ihnen an nötigem Rechtsschutz sowie an Mitteln. Nur die deutsche und polnische Minderheit könnten sich auf einen Staatsvertrag berufen, in welchem bestimmte Mindestzugeständnisse enthalten seien.

Minderheitenschutz in Tschechien sei offenbar nur in wenigen und kleinen Ansätzen erkennbar, die völlig unzureichend seien. Im wesentlichen würde der Staat sich darauf beschränken, die privaten Initiativen und Organisationen der betroffenen Minderheiten nicht zu behindern und sich selbst zu überlassen, sie jedenfalls nicht zu unterstützen und zu fördern.

Auf einem Treffen von FUEV-Mitgliedsorganisationen im Oktober 1997, zu der der Rat der Polen in der Tschechischen Republik (seit Mai 1997 Mitglied der FUEV) eingeladen hatte, mußte der Regierungsvertreter die Aktivitäten der FUEV würdigen. Er berichtete, daß die Tschechische Republik die Ratifizierung des Rahmenabkommens zum Minderheitenschutz vorbereite, und stellte den Standpunkt der tschechischen Regierung zum Minderheitenschutz, dem das strikte Gleichheitsprinzip aller Bürger zugrunde liege, dar.

Über die völkisch-großdeutsche Politik der FUEV wurde in dieser Zeitschrift schon mehrfach berichtet. Zwischen 1992 und 1996 war Oskar Böse vom Sudetendeutscher Rat und führendes Mitglied des Witikobundes einer der Vizepräsidenten der FUEV. (rua)

Tarifabschluß im öffentlichen Dienst

Die Lohnfortzahlung gerettet – eigene Ziele wenig durchgesetzt

Ziemlich dramatisch hat sich die diesjährige Tarifrunde für den öffentlichen Dienst abgespielt. Unter Ausnutzung aller zeitlichen Spielräume wurde am 27. März dann doch ein Schlichtungsergebnis erreicht, an das kaum jemand geglaubt hatte und das eine deutliche Ohrfeige für Kanther darstellt: den kompletten Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Noch in der Nacht zum 27.3. hatte Bundeskanzler Kohl persönlich versucht, diese Niederlage durch seine Intervention bei den Schlichtern abzubiegen – ohne Erfolg.

Vor allem dieser Tatsache, dem vollständigen Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – ohne Herausrechnung von Zulagen und Zuschlägen bei Überstunden oder anderer Verrechnung –, dürfte dann auch die große Zustimmung geschuldet sein, die dieser Abschluß sowohl bei der Großen Tarifkommission (115 Stimmen dafür, 3 dagegen, 12 Enthaltungen) der ÖTV, aber zuvor auch schon an der Mitgliederbasis*) erhalten hat: Alle 16 Bezirke stimmten dem Schlichtungsergebnis zu; von 175 Kreisverwaltungen lehnten es nur 9 (davon 3 aus den neuen Bundesländern) ab.

Weniger Begeisterung konnten dagegen andere Punkte des Schlichtungsergebnisses hervorrufen.

Heftige Kritik an der „Angleichung Ost“

Am heftigsten kritisiert wurde vor allem in den neuen Bundesländern, daß die Tarifanpassung Ost an West zum 1.9.98 nur um 1,5 Prozentpunkte auf 86,5 Prozent steigen soll bei gleichzeitiger Festschreibung bis Ende 1999.

Ausgeschlossen worden sind damit auch anderweitige „Angleichungsmaßnahmen an das Tarifrecht West während der Laufzeit“, d.h. jegliche Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen oder sonstige manteltarifliche Änderungen



Warnstreikaktion vor Beginn der Schlichtungsverhandlungen in Berlin Anfang März. Die Bilder auf dieser und der folgenden Seite wurden entnommen aus dem „ÖTV-Dialog - Extra“, hrsg. vom ÖTV-Bezirk Berlin

(siehe unten) können damit nur für das Tarifgebiet West geführt werden, was einer weiteren Diskriminierung bzw. ggfs. Erhöhung der Tarifdistanz gleichkommt.

Allerdings muß man auch hier auf den besonders starken Widerstand der Arbeitgeber hinweisen, deren zweitwichtigstes Ziel die Verhinderung einer weiteren Tarifangleichung unter allen Umständen war, da der öffentliche Dienst hier nach wie vor die „Lohnführerschaft“ innehat.

Magere Einkommenserhöhung

Auch die direkte Einkommenserhöhung fällt eher mager aus: 1,5 % rückwirkend ab 1. Januar für alle, also diesmal auch für die Auszubildenden, bei allerdings weiterhin eingefrorener Zuwendung (Weihnachtsgeld), was nach Arbeitgeberberechnung 0,2 % ausmacht, somit verringert sich die Einkommenserhöhung auf 1,3 %.

→ Und die „Beschäftigungssicherung“?

Gemessen an dem hoch gesteckten Ziel der ÖTV, Beschäftigungssicherung und Schaffung von Beschäftigung zu erreichen, ist der Abschluß allerdings erst recht mager. Als einzig neue Maßnahme wurde eine Vereinbarung über Altersteilzeit getroffen, die nur wenig über die gesetzliche Regelung hinausgeht (Aufstockung des Nettoeinkommens auf 83%, bei Rentenkürzung infolge Altersteilzeit Einmalzahlung von bis zu 3 Monatsbeträgen).

Die Altersteilzeit soll (kein muß) vorrangig dazu dienen, Ausgebildeten und Arbeitslosen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Über die Beschäftigungswirkung werden die Arbeitgeber regelmäßig berichten.

Lediglich die kommunalen Arbeitgeber (VKA) haben sich bereit erklärt, auch bessere Regelungen zur Altersteilzeit zuzulassen. Ihre Mitgliederversammlung „... erhebt keine Bedenken, wenn ein Arbeitgeber im Einvernehmen mit dem kommunalen Arbeitgeberverband bei der Durchführung von Altersteilzeit Leistungen an den Arbeitnehmer gewährt, die über die in den Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen vereinbarten Vorgaben für Arbeitgeberleistungen bei Altersteilzeit hinausgehen.“ Eine solche Öffnung auch für die Beschäftigten bei Bund und Ländern lehnten deren Arbeitgeber ab, sofern nicht zugleich eine Öffnung auch nach unten damit zugelassen würde.

Als weitere Maßnahme zur Beschäftigungssicherung wurde die Vereinbarung verlängert, wonach im Tarifgebiet Ost befristet Teilzeitarbeit mit Teillohnausgleich durch örtliche/regionale Tarifverträge abgeschlossen werden können. Demnach können noch bis zum 31.12. des Jahres 2000 solche tariflichen Regelungen mit einer Laufzeit von längstens 3 Jahren abgeschlossen werden.

Wie wir bereits berichtet haben, wird von dieser Möglichkeit rege Gebrauch gemacht. Allerdings sind die Rahmenbedingungen verschlechtert worden: Bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf bis zu 32 Stunden (Ausgangspunkt sind 40 Stunden) kann Teillohnausgleich vereinbart werden, bei der weiteren Herabsetzung auf bis zu 30 Stunden muß (aber nur für diese zwei Stunden) ein Teillohnausgleich vereinbart werden. Mit anderen Worten, eine Arbeitszeitsenkung um 20% ohne Lohnausgleich scheint beiden Tarifparteien offensichtlich zumutbar, und das bei einem Tarifniveau von 85 bzw. 86,5%!

Selbst diese Regelung soll dann für Lehrer und wissenschaftliches Personal an Hochschulen keine untere Grenze sein. Da kann dann auch nur bedingt trösten, daß für diese Zeit (maximal 3 Jahre) ein Schutz vor betriebsbedingter Kündigung besteht und ggfs. für die anschließende Kündigung oder Vertragsauflösung eine höhere Abfindung als bisher möglich ist.



Als dritte „Maßnahme“ zur Beschäftigungssicherung sicherten die Arbeitgeber zu, das gegenwärtige Ausbildungsplatzniveau zu halten.

Über weitere Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung bzw. -schaffung wurde vereinbart, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen oder fortzuführen. Dies betrifft das Arbeitszeitkonto bzw. die Faktorisierung der Arbeitszeit (Überstundenzuschläge bzw. andere Zulagen und Zuschläge sollen in Arbeitszeit umgerechnet werden), die Frage der Definition von Überstunden, die Übernahme von Regelungen aus dem Arbeitszeitgesetz in den Tarifvertrag sowie den Ausgleichszeitraum für die Wochenarbeitszeit (Jahresarbeitszeit).

Anders gesagt, die Auseinandersetzungen sind nicht beendet, sondern nur vertagt und werden außerhalb der Tarifrunde verhandelt. Dies hat Vor-, aber hinsichtlich Kampffähigkeit auch erhebliche Nachteile.

Über das ursprünglich für Beschäftigungssicherung zentrale Thema Arbeitszeitverkürzung wird nichts gesagt und folglich auch nicht verhandelt. Es geht nur noch um „Gestaltung der Arbeitszeit“. Dies ist angesichts der unverändert hohen Massenarbeitslosigkeit und angesichts der stattfindenden Aktionen von Arbeitslosen, auch arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern, immerhin rund 160 000 in der ÖTV, Ausdruck von Hilflosigkeit und enttäuschend. Vielleicht aber ist es auch Ausdruck einer realistischen Einschätzung, was die Abwehr-Kampfkraft der eigenen Reihen angeht?

Unterschiedliches Echo auf die Vereinbarungen zur VBL

Auf unterschiedliches Echo in der Mitgliedschaft ist das Schlichtungsergebnis gestoßen, was die Regelungen zur sogenannten Zusatzversorgung (VBL) angeht. Betroffen sind hauptsächlich die Beschäftigten im Tarifgebiet West und hier zunächst einmal die bei Bund und Ländern. Ab 1999 wird wieder eine Eigenbeteiligung eingeführt für jede Erhöhung, die über 5,2% hinausgeht. Da die

Arbeitgeber im Lauf der diesjährigen Tarifrunde bereits eine Erhöhung auf knapp 8% als notwendig reklamiert haben, stehen den betroffenen Beschäftigten Lohnabzüge von 1 bis 1,5% bevor. Daß dafür die paritätische Mitbestimmung bei der Zusatzversorgungskasse eingeführt wird, ist nur ein bedingter Trost und verhindert nicht, daß ein Großteil der West-Beschäftigten schließlich mit „plus-minus null“ aus dieser Tarifrunde gehen wird.

Weitere Ausdifferenzierung auch im öffentlichen Dienst

Die Gesamtbewertung der diesjährigen Tarifrunde ist deshalb schwer, weil die einzelnen Schlichtungsteile die Beschäftigten unterschiedlich treffen. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die mit der Einführung des zweiten Tarifgebietes begonnen hat und die durch die gemeinsame Große Tarifkommission der ÖTV nicht aufgehoben wurde. Im Gegenteil erweist es sich zunehmend als schwieriger, Tarifverhandlungen zu führen für „einen“ öffentlichen Dienst, den es so gar nicht mehr gibt. Noch kann jede „Gruppe“ mit Teilergebnissen zufrieden-, besser stillgestellt werden. Das „Einende“ dieser Tarifrunde war die Abwehr der Lohnkürzung im Krankheitsfall. Dies ist gelungen und ein wichtiger Erfolg, der vielleicht anderen Branchen ein Beispiel sein kann.

Zum 3. Mal Abschluß per Schlichtung

Die ÖTV aber muß die Diskussion über ihre Tarifpolitik mit Nachdruck führen. Zum dritten Mal seit dem Streik 1992 hat sie ein Schlichtungsergebnis akzeptiert und muß sich fragen, ob sie damit nicht selbst zur Untergrabung der Tarifautonomie beiträgt bzw. die Frage der Streikfähigkeit umschifft. (har)

**) Nach den heftigen internen Auseinandersetzungen in der ÖTV im Anschluß an den Streik 1992 wurde ein organisatorisches Procedere der Rückkopplung eingeführt, das eine relativ gute Basisbeteiligung sicherstellen soll.*

Geschäftsbilanzen deutscher Konzerne für 1997

Ein Boom nur für Aktionäre

Bis Anfang April hatten fast alle großen deutschen Industriekonzerne ihre Jahresbilanzen für 1997 vorgelegt. Sie dokumentieren einen Boom – aber nur für Aktionäre. Kein Wunder, daß der DAX steigt und steigt. In der Tabelle rechts sind die Zahlen von einigen dieser Konzerne dokumentiert. Andere fehlen, ohne daß sich an den dargestellten Tendenzen dadurch etwas ändern würde.

Denn auch die beiden anderen IG-Farben-Nachfolger Bayer und Hoechst, der RWE-Konzern, das neue Stahlmonopol Thyssen-Krupp, die Bosch-Gruppe, Mannesmann oder die bayerische VIAG AG weisen in diesem Jahr einen Boom beim Geschäftsergebnis, beim Jahresüberschuß und – folgerichtig – bei den Dividenden an die Aktionäre aus. Über die Aktionäre dieser zehn bis zwölf größten deutschen Industriekonzerne geht ein warmer Regen von Dividenden nieder. Sie ernten, was die Konzernführungen unter brutaler Ausnutzung des Drucks der hohen Arbeitslosigkeit, aber auch von Gesetzen wie dem Lohnfortzahlungsgesetz der Bundesregierung aus den Beschäftigten im letzten Jahr an Mehrarbeit und Lohnsenkung herauspressen konnten. Allein Daimler-Benz steigert in diesem Jahr seine Dividendensumme für die Aktionäre um fast 50%, von 567 auf 827 Millionen DM.

Der Dividenden-Boom geht dabei quer durch alle Industriebranchen. Ob Stahlerzeugung, Automobilproduktion oder Zulieferung, Luftfahrt, Chemie, Pharmazie, Energie oder Maschinenbau / Telekommunikation, die Bilanzen sind in allen Gebieten goldgerändert. Das zeigt, daß es den Konzernen in allen Branchen im vergangenen Jahr gelungen ist, durch weitere Deregulierung der Arbeitszeit, Steigerung des Arbeitstempos und Lohnsenkung die Profite drastisch in die Höhe zu drücken.

Dabei blühte 1997 neben dem Absatz von Luxusprodukten und Gütern der höheren Preissegmente vor allem das Exportgeschäft. Sowohl in die anderen EU-Staaten, nach Osteuropa wie in die USA konnten deutsche Konzerne neue Exportrekorde erzielen und ihre Stellung auf den Weltmärkten ausbauen.

Von einer Krise des „Standorts Deutschland“, wie von BDI-Chef Henkel und Konsorten gepredigt wird, fin-

BRD-KONZERNBILANZEN 1996 / 1997 IM VERGLEICH

Konzern	Umsatz in Mrd. DM		Beschäftigte auf volle 1.000 auf- bzw. abgerundet		Geschäfts- ergebnis Mrd. DM		Jahres- überschuß Mrd. DM		Dividende in DM je Aktie	
	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996
Daimler-Benz	124,1	106,4	300	290	4,3	2,4	3,2	2,8	1,6	1,1
VW	113,2	100,1	275	261	3,8	2,0	1,4	0,7	12,0	9,0
Siemens	106,9	93,8	386	376	3,5	3,2	2,6	2,5	1,5	1,5
VEBA	82,7	74,5	130	123	5,0	4,4	3,0	2,5	2,1	1,9
BMW	60,1	52,3	110	109	2,5	1,7	1,2	0,8	20,0	15,0
BASF	55,8	48,8	106	108	5,3	4,4	3,2	2,8	2,0	1,7
Summen	542,8	474,9	1.307	1.267	24,4	18,1	14,6	12,1	./.	./.
Zunahme	+14,1%		3,2%+34,8%		+20,7%		0 bis +45,5%			

Anmerkungen: Beschäftigtenzahlen auf volle 1.000 auf- bzw. abgerundet. „Geschäftsergebnis“ meint in etwa den beim Konzern verbleibenden Bruttoprofit (also nach Abzug z.B. von Zinskosten für aufgenommene Kredite) vor Steuern, Jahresüberschuß ist der nach Steuern und evtl. Rückstellungen verbleibende Profit; bei Daimler-Benz wurden dabei Sonderfaktoren wie das angekündigte „Schütt-aus-Hol-zurück“-Verfahren mit alten Rückstellungen, durch das der Konzern für seine Aktionäre von den Finanzämtern 2,9 Mrd. DM kassiert, aus der Darstellung herausgenommen. Die stark unterschiedlichen Dividendenangaben erklären sich z.T. aus der unterschiedlichen Stückelung der Aktien, bei Daimler, Siemens, VEBA und BASF ist die Dividende je 5 DM-Aktie angegeben, bei VW und BMW je 50 DM-Aktie. Alle Angaben bis auf Siemens aus: „Handelsblatt“, 26.3. bis 9.4.98.

det sich in den Bilanzen der großen Konzerne nichts wieder. Im Gegenteil: durch die Exportsteigerung konnten die Konzerne ihre Kapazitäten selbst bei weitgehend stagnierendem Inlandsmarkt besser ausnutzen, was die Profitrate zusätzlich in die Höhe trieb.

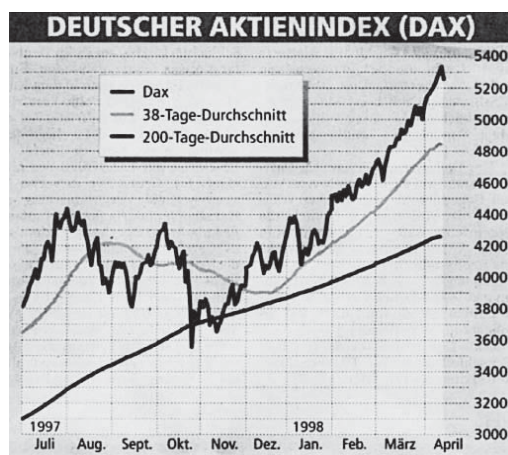
Der hohe Dollarkurs schließlich besetzte die Bilanzen für 1997 noch einmal zusätzlich auf. Der Daimler-Benz-Vorstand etwa gibt an, von der Steigerung des Geschäftsergebnisses um 1,9 Mrd. DM in 1997 seien 1 Mrd. DM, also mehr als die Hälfte, auf den steigenden Dollarkurs zurückzuführen. Welche Stellung auf den Weltmärkten die deutschen Konzerne im Augenblick haben, dokumentiert beispielhaft der Streit zwischen BMW und VW um die Übernahme von Rolls Royce. Offenbar ist kein anderer großer Automobilkonzern in der EU derzeit flüssig genug, um beim Rennen um die britische Luxusmarke mithalten zu können. Während die Konzerne also im Geld schwimmen, zeichnet sich für die Beschäftigten keine Wende ab. Im Gegenteil: Die Verdichtung der Arbeit, die Ausdehnung der Arbeitszeiten, die Lohnsenkungen und der Personalabbau sollen

weitergehen. Selbst die bescheidenen Zuwächse bei den Beschäftigtenzahlen, die die in der Tabelle aufgeführten Konzerne für 1997 angeben, gingen weitgehend auf den Anstieg der Auslandsbeschäftigung zurück. Bei Daimler-Benz schlüsselte sich die Mehrbeschäftigung von 10 000 Personen in 1997 so auf: 7 600 zusätzliche Beschäftigte im Ausland, 2 400 mehr im Inland. Der Siemens-Konzern wies Ende 1997 erstmals mehr Beschäftigte im Ausland als im Inland auf, und wie der Vorstandskurs weitergeht, zeigt der jüngste, der IG Metall abgepreßte Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld in sog. „Dienstleistungs-Bereichen“ des Konzerns. Weitere Globalisierung der Produktion durch den Ausbau der Fertigung vor allem in Billiglohnländern bei gleichzeitiger Lohnsenkung und Abbau der Beschäftigung im Innern, so lautet die Devise in den Konzernführungsetagen.

Auch mit steigenden Steuerzahlungen durch die großen Konzerne ist in nächster Zeit nicht zu rechnen – jedenfalls nicht, solange das geltende Steuerrecht nicht radikal geändert wird. Allein Daimler-Benz macht „Verlustvorträge“ von 15 Milliarden DM geltend, die den Konzern mindestens in den nächsten drei Jahren vor jeder Einkommenssteuerzahlung bewahren. Und auch bis zu einer Besteuerung der enormen steuerfreien Rückstellungen von Energiekonzernen wie der RWE, der VIAG oder der VEBA ist es noch weit.

So boomt die Börse weiter, und Konzerne wie BMW, VW, Daimler, Mannesmann und andere nutzen den Boom, um sich durch Ausgabe neuer Aktien zusätzliches Kapital für ihre Weltmarktexpansion zu beschaffen.

Auch für 1998 erwarten alle großen deutschen Konzerne bisher eine weitere, zumeist zweistellige Steigerung ihrer Gewinne. (rül)





Protestdemonstration der Opposition in Nigeria Ende 1995 in der Hauptstadt Lagos gegen das herrschende Militär

NIGERIA: Vor bewaffneten Konflikten in seinem Land hat der Nobelpreisträger Wole Soyinka gewarnt. Hiermit könnten demokratische Prinzipien nicht wiederhergestellt werden. Gegenüber CNN forderte Soyinka die Freilassung des früheren Präsidenten Abiola, der 1993 die Wahlen gewonnen hatte. Wenn keine Regierung der nationalen Einheit wie auch eine Nationalkonferenz eingerichtet würden, auf

der die wichtigsten Zukunftsprobleme diskutiert würden, sei die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts gegeben. Im August sollen in Nigeria Wahlen durchgeführt werden. Die Aktion für Demokratie (UAD), ein Zusammenschluß von 26 demokratischen Gruppierungen, hat die internationale Öffentlichkeit erneut zu Sanktionen gegenüber ihrem Land aufgefordert.

GUINEA: Zwei Abgeordnete der Oppositionspartei RPG sind in der letzten Woche wieder freigelassen worden. So das Radio Africa Nr. 1 aus Gabon. Sie waren gemeinsam mit zahlreichen anderen Personen durch die Regierung Lansana Conté festgenommen worden. In Conakry findet derzeit ein Prozeß gegen sogenannte „Putschisten“ statt, die im Februar 1996 versuchten, die Regierung zu stürzen. Wegen allgemeiner Unstimmigkeiten über die weitere Entwicklung des Landes nach dem Putsch war es der Regierung möglich gewesen, den Putsch niederzuschlagen. Interessant daran ist auch, daß deutsche Behörden bis heute den politischen Charakter des Putschversuchs dementieren, um Flüchtlinge aus Guinea ablehnen zu können, da der Hintergrund „unpolitisch“ gewesen sei.

RWANDA/FRANKREICH: Der französische Ex-Verteidigungsminister P. Quilès hat weitere Untersuchungsergebnisse angefordert, die die Beteiligung Frankreichs an den blutigen Auseinandersetzungen aus dem Jahr 1994 belegen. Es habe zum damaligen Zeitraum 8 Verteidigungsabkommen zwischen Frankreich und afrikanischen Ländern gegeben, die geheim seien, da sie interne Angelegenheit über die „Sicherheit und Ordnung“ betreffen. Ein belgischer Experte hat bereits bestätigt, daß Frankreich über die Ereignisse in den Flugzeugabsturz von Habyarimana Anfang April 1994 informiert war. Der früherer Kooperationsminister B. Debré hatte bestätigt, daß die Raketen zum Abschluß des Flugzeugs von Frankreich geliefert worden seien.

BETRIFFT:AFRIKA

DR CONGO/ZAIRE: Amnesty International kritisiert, daß in der DR Congo keine unabhängige Menschenrechtsarbeit mehr möglich sei. Die AZADHO wurde von der Regierung inzwischen verboten. Es werde in dem Land mit zwei Sprachen gesprochen; einerseits werden Zusagen zur Einhaltung der Menschenrechte vor der Genfer Kommission gegeben, andererseits werde die Arbeit dafür zuständiger Personen unterbunden. Die Regierung beschuldigt die AZADHO einer politischen Kampagne gegen sie. Außerdem würden sie Geld von außerhalb erhalten; sie hätten auch ihr Verständnis noch an der alten Mobutu-Regierung ausgerichtet. Auch unter der damaligen Regierung hatte die AZADHO etliche Probleme. Auch eine andere Gruppierung, die „Stimme der Stimmlosen“ hat erhebliche Probleme. So wurde ihr Präsident, Bahizire, am 20.3.98 von fünf Unbekannten niedergeschlagen; vier davon trugen die Uniform der Militärs.

KENIA: Nach der wiederholten Niederschlagung von Aufständen und Revolten im Land wird die Regierung erneut der Verletzung menschlicher Rechte angeklagt. Mehr als 100 Personen waren im Rift Valley seit Januar 1998 ermordet worden, Tausende mußten fliehen. Viele der Überlebenden fürchten sich zurückzukehren und beschuldigen die Regierung, kein Interesse an dem Schutz der Bevölkerung zu haben. Der KANU-Regierungspartei nahestehende Gruppen werden beschuldigt, ethnische Konflikte zu schüren. Sie zielen darauf, die Wahlerfolge der Oppositionspartei DP in Frage zu stellen, die kürzlich auch eine Untersuchung der Präsidentschaftswahlen eingefordert hat. Kenia gehörte bislang zu den als „stabil“ angesehenen westlichen Verbündeten.

NICARAGUA: NEUER GEHEIMDIENST PHILOSOPHISCH GESEHEN: 30. März 1998, *pulsar-Poonal*. - Die Mehrheit des nicaraguanischen Parlamentes stimmte für die Schaffung eines neuen Geheimdienstes unter dem Befehl des Innenministeriums. Die Opposition der Sandinisten reichte nicht aus, das Vorhaben zu verhindern. Der Apparat ähnelt der abgeschafften Generalbehörde für Sicherheit aus sandinistischen Zeiten. Der frühere Innenminister und liberale Abgeordnete Carlos Hurtado erklärte, darauf angesprochen, gegenüber der Presse, „technisch gesehen könnte er dieselben Befugnisse haben ... philosophisch gesehen ist er anders“.

Zwei Neffen des früheren Diktators Anastasio Somoza sind angeklagt, mit illegalen Methoden Land wiederzuerlangen zu wollen. Ein Richter ordnet die Ver-

haftung von Alejandro Sevilla Somoza und Gustavo Rivas Somoza an. Ihnen wird vorgeworfen, eine bewaffnete Gruppe organisiert zu haben, um die Zuckerplantage Montelimar in ihren Besitz zu nehmen.

KOLUMBIEN: ENTFÜHRUNG GEFÄHRDET FRIEDENSIALOG – Streit um Rolle der USA: 31. März 1998, *npl*. - Die Entführung von vier US-Bürgern und einem Italiener zeige die „dringende Notwendigkeit“, daß die internationale Gemeinschaft Kolumbien dabei helfe, eine Verhandlungslösung im Krieg zwischen Regierung und Guerilla herbeizuführen, meint Diego Uribe. Der ehemalige Außenminister des südamerikanischen Landes ist Sprecher des von der katholischen Kirche einberufenen Friedensrates, der sich für eine friedliche Beilegung des jahrzehntelangen Konflikts einsetzt. Ein Kommando der marxistischen FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) hatte am 23. März auf der Straße nach Villavicencio südöstlich der Hauptstadt Bogota einen Hinterhalt gelegt und über 20 Menschen entführt.

Am Wochenende kündigte der Anführer der Gruppe, Kommandant Romana, an, daß die fünf hingerichtet würden, wenn sich herausstellen sollte, daß sie für US-Behörden wie den Geheimdienst CIA, die Bundespolizei FBI oder die Anti-Drogen-Abteilung DEA arbeiten.

FARC-Auslandssprecher Marcos Calarca ergänzte diese Drohung von Mexiko aus: „Alle am Konflikt Beteiligten, ob Kolumbianer oder Ausländer, werden als militärische Ziele betrachtet.“

Das Dementi kam; aus dem US-Außenministerium hieß es, die vier Entführten seien im Tourismusgeschäft tätig. Italiens Botschafter in Bogota versicherte, Candela sei lediglich ein Geschäftsmann, und wies darauf hin, daß die Europäische Union ihre Vermittlungstätigkeit überdenken werde, sollte die Entführung nicht schnell beendet werden.

BRASILLEN: WEITERE MST-MITGLIEDER ERMORDET

(*pulsar-Poonal*). - Im Bundesstaat Pará sind auf einer seit 20 Tagen von Campesinos besetzten Hazienda zwei Mitglieder der Landlosenbewegung MST ermordet worden. Verantwortlich wird eine Gruppe von 30 Paramilitärs gemacht, die unter der Führung des Haziendabesitzers Carlos Antonio Costas stehen. Costas selbst soll die tödlichen Schüsse auf die beiden MST-Mitglieder Onalicio Barros Araujo und Valentín Silva Serra abgegeben haben. Der Großgrundbesitzer und seine „Ordnungshüter“, darunter Mitglieder der Militärpolizei, kamen auf das besetzte Land und gaben an, im Auftrag eines richterlichen Räumungsbefehls zu handeln. An dem Ort waren etwa 500 Campesinos versammelt, die der Landlosenbewegung angehören.

(Zusammenstellung: mc)

Aufstandsbekämpfung

Das Sekretariat der „Nationalen Verteidigung“ (Sedena) hat im Oktober 1997 Strategien entworfen, um den Aufstand in den südlichen Provinzen des Landes zu zerschlagen. Dazu gehört die Organisierung der Zivilbevölkerung, insbesondere der Viehzüchter, der Kleingewerbetreibenden und von Personen „mit starkem patriotischem Sinn“. Diese alle sollen zur Unterstützung der militärischen Optionen gewonnen werden, um so die „Selbstverteidigungskräfte“ zu stärken. Sie werden insgesamt von Militärinstrukteuren unterrichtet.



Angehörige der Gefangenen des Santa-Maria-Gefängnisses schlagen Polizisten in die Flucht. Bild aus: „Junge Welt“, 11. März 1998.

Der Plan wurde durch die Zapatisten aufgedeckt, regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisationen haben ihn bestätigt.

In den letzten Wochen führte dies verstärkt dazu, ausländische BeobachterInnen des Landes zu verweisen. Die Aktionen richten sich in erster Linie gegen jene, die die Situation in Chiapas kritisieren, mit NGOs zusammenarbeiten oder in den Friedenscamps der zapatistischen Gemeinden leben. Ihnen wird Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos vorgeworfen.

Viele von ihnen befürchten jetzt unmittelbar bevorstehende militärische Maßnahmen gegen die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), bei denen es keine lästigen Zeuginnen geben soll.

Zedillo erklärte, „diejenigen, die sich vom Ausland aus einmischen, nicht um zur Lösung des Konfliktes beizutragen, sondern um ihn als Kampfbanner aufrecht zu erhalten, sollten besser dafür arbeiten, die Ungerechtigkeiten in ihren eigenen Ländern zu beseitigen“.

Am 15. Februar landete – wie passend in diese Kampagne! – ein Hubschrauber des Fernsehsenders Televisión Azteca ohne Vorankündigung auf dem Schulhof der zapatistischen Gemeinde La Realidad im Lakandonen-Urwald.

Die verantwortliche Journalistin berichtete später von „Ausländern mit Walkie-Talkies, die Englisch, Französisch und Deutsch“ sprachen und der einheimischen Bevölkerung Befehle gaben.

Durch die vom Helikopter aus gefilmten Bilder wurde dies nicht belegt. Auf ihnen waren nur Mitglieder der Organisation „Friedensgürtel“ zu sehen, darunter mehrere AusländerInnen.

In San Cristóbal gibt es auf der Straße und in Hotels verstärkte Kontrollen von AusländerInnen durch die Migrationsbehörde.

Diese Aktionen haben eine Polemik ausgelöst. Bei nicht wenigen MexikanerInnen fällt die Argumentation gegen die „ausländische Einmischung“ auf fruchtbaren Boden. Sie unterstützen das Vorgehen der Behörden.

Neben dieser propagandistischen Maßnahme ist die Vertreibung der indigenen Bevölkerung vorgesehen, um sie damit von der Unterstützung der EZLN zu trennen. Bereits 13 000 Menschen sollen „umgesiedelt“ worden sein. Als Ziel wird angegeben, so: „die taktischen Kräfte der Gesetzesbrecher und ihre Basis zu eliminieren“.

Die am Massaker von Acteal im Dezember 1997 beteiligten PRI-Mitgliedern waren zuvor in Trainingslagern der sogenannten Selbstverteidigung geschult worden.

Auch die Kirche wird in die Schußlinie der Aufstandsbekämpfung genommen: „Der Vatikan ist der indirekte Verursacher des Konflikts in Chiapas, mit direkten Förderern in der von der Befreiungstheologie versuchten Strömung in Mexiko, mit Unterstützung ihresgleichen aus Lateinamerika, unter Gebrauch sozialistischer und politischer Organisationen, der Mafia und regierungskritischer Gruppen als Ausführende.“

Keinen Zweifel läßt die These der Aufstandsbekämpfung an ihrem Ziel. Es heißt dazu: „die Aktionsnormen werden jene sein, welche die Prinzipien des Krieges diktieren ... Ziel: Die Zerstörung der in der Bevölkerung bestehenden Unterstützung für die Gesetzesbrecher.“ (mc)

Quelle: „Correos“, Zürich, Ausgabe Februar 1998

Costa Rica Quoten für politische Beteiligung von Frauen – Schein oder Sein?

Von Roselée Camacho

Im Dezember 1996 wurden in Costa Rica eine Reihe von Reformen des Wahlgesetzes gebilligt, darunter auch die Festsetzung von Quoten für die politische Beteiligung der Frauen. Die Parteien müssen Mechanismen schaffen, die mindestens 40% Frauenanteil in der Parteistruktur und auf den Wahlzetteln für öffentliche Posten garantieren. Noch zu Beginn dieses Jahrzehnts wurde die Idee von Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Bereiche rundweg abgelehnt. Daher kommt der Durchsetzung der neuen Norm eine Relevanz zu, denn sie bedeutet – allgemein gesprochen – einen Fortschritt für Zugangschancen der costaricanischen Frauen zu Entscheidungspositionen.

Bereits diese Regelung enthält einige Lücken, die ermöglichen, direkt gegen das Recht aller Frauen, gewählt zu werden und wichtige Positionen zu besetzen, zu verstoßen. Schwerwiegend ist die fehlende Bestimmung, daß mindestens 40% Kandidatinnen tatsächlich auf Listenplätzen rangieren müssen, für die Wahlchancen bestehen. Das eröffnete den Parteien den Weg durch die Hintertür: sie plazieren bei Einhaltung der Formalität die Frauen auf Plätzen, für die keine Aus-



→ sieht auf einen Wahlerfolg besteht. Andere Tricks erlauben es, die Präsenz der Frauen in allen Entscheidungsorganen innerhalb der Parteistrukturen zu umgehen. Auch verhindern sie die Möglichkeit, Sanktionen gegenüber den Parteien anzuwenden, die die Quote nicht erfüllen. Das sind alles Schwachstellen, die bereits in der Debatte dazu benannt worden waren.

Weitere Lücken und Intentionen wurden während des vergangenen Wahlprozesses sichtbar, der mit dem Wahltag am 1. Februar endete. Frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verfolgten achtsam die Einzelheiten des Prozesses und die Versuche, die gesetzesmäßig festgelegten Quoten durchzusetzen. Wir nahmen an, daß wir als Bürgerinnen die Möglichkeit hätten, die von den Parteien eingereichten KandidatInnenlisten einzusehen. Dies hätte ermöglicht, die Einhaltung der Quoten zu überprüfen und im Falle eines Verstoßes aktiv zu werden. Zu unserer Überraschung wurden die Listen erst bekannt gegeben, als die Wahlzettel bereits gedruckt und für die Wahlen vorbereitet waren, sozusagen als die Suppe bereits gekocht und servierfertig war.

Wie wir vermutet hatten, haben mehrere Parteien die 40% Quote für Frauen auf den Wahlzetteln für die RepräsentantInnen des Parlamentes nicht erfüllt. Die Beschwerden ließen ebenso wenig auf sich warten wie die Erklärungen. In einem Abfederungsversuch behauptete die Direktorin des Zivilregisters – ein Organ, das vom Obersten Wahltribunal (TSE) abhängt, zuständig für Einschreibung der Parteien und die Freigabe der Wahlzettel –, niemand sei zum Unmöglichkeit verpflichtet gewesen. In den Fällen, in denen es nicht genug Frauen gegeben hätte, wären die Parteien davon befreit gewesen, den erwähnten Prozentanteil einzuhalten. Eine Behauptung, daß wir Frauen einmal mehr verantwortlich für unsere eigene Unsichtbarkeit sind.

In Anbetracht zahlreicher Klagen auf Ungültigkeit gab das TSE zwei Tage nach den nationalen Wahlen eine Reihe mathematischer Formeln bekannt, um die Einhaltung der 40 % zu belegen. In einem nie dagewesenen Fest von Summen und Multiplikationen fand jede Partei die Formel, die schließlich die ersehnte Prozentzahl zum Ergebnis hatte. Auf einen Antrag zur Annullierung der Ergebnisse, den die Gruppe „Politische Agenda Costaricanischer Frauen“ stellte, antwortete das Wahltribunal nicht einmal. Es ist eine Lektion für die costaricanischen Frauen gewesen. Funktionäre, die demokratische Patriarchen spielen, unvollständige Gesetze und beschönigende Aktionen täuschen. Ohne wirkliche und ständige Kontrolle können wir den Quoten-Schein nicht in eine tatsächliche Beteiligung der Frauen in Entscheidungspositionen umwandeln.

(fempress-Poonal)



Zu einer Auswertung der Newroz-Feierlichkeiten trafen sich Ende März in der türkischen Hauptstadt Ankara die Vorsitzenden der Regionalorganisationen der HADEP. Trotz der Versuche der Regierung, Newroz als „türkisches Fest“ zu vereinnahmen, habe die kurdische Bevölkerung bei den Newroz-Feiern erneut unterstrichen, daß sie an ihrem nationalen Widerstand festhält und an ihren Forderungen nach Selbstbestimmungsrechten. Am 1. Mai werde man machtvoll auftreten, kündigte die HADEP an. Auch über die Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen wurde gesprochen. Die HADEP werde kandidieren, wurde beschlossen. Der HADEP-Vorsitzende Bozlak und andere Vorstandsmitglieder sitzen seit Monaten in Haft.
(rül, Bild: Özgür Politika, 4.4.98)

Palästina: Konflikte zwischen Autonomiebehörde und islamischen Kräften

„Wir haben einige Informationen, daß die palästinensischen Sicherheitsbehörden hinter der Ermordung von Sharif stehen. Wir rufen alle Palästinenser, alle Freunde des Islam auf, den Zionismus zu bekämpfen.“ (Hamas. 8.4.98)

Unklar bleiben die Hintergründe der jüngsten Ermordung des „Ingenieur II“, wie Israel ihn nannte, anlässlich einer vorgetauschten Autobombe. Ein palästinensischer Pathologie-Experte fand heraus, daß der Tod schon vor der Explosion des Autos eingetreten war. Israel erklärt sich dafür nicht verantwortlich, die Arafat-Fraktion macht die internen Hamas-Verhältnisse dafür verantwortlich, Hamas wiederum erklärt die palästinensische Autonomiebehörde für zuständig. Das ist eine bislang nicht so deutlich definierte Linie gegenüber Arafat. Für Außenstehende kein leicht zu durchschauendes Spektrum, zumal jede Fraktion Interessen an der Eskalation haben könnte. Gerade in der letzten Woche waren 4 Mitglieder von Hamas wegen einer Bombenlegung durch israelische Behörden angeklagt worden. Hamas rief zur Rache auf.

Diese Entwicklung erfolgt auf dem Hintergrund einer zunehmenden Verschlechterung der politischen und sozialen Dimensionen der Entwicklung. Seit Oslo hat sich vieles zurückentwickelt, insbesondere die zuvor bestehende Möglichkeit einer palästinensischen Intidafa. Arafat droht heute zwar gelegentlich wieder damit, ist aber durch internatio-

nale und israelische Strategien in die Pflicht genommen. Gegenüber der palästinensischen Bevölkerung versucht er, jegliche Opposition zu seinem Kurs repressiv zu verfolgen.

Die Aussichten auf eine weitere Rückgabe der besetzten Gebiete, wie es im Oslo-Abkommen festgelegt war, sind bei Null. Selbst in den USA wird die Blockierung des Prozesses durch die Netanjahu-Koalition mit Sorgen betrachtet, wenn gleich dies an ihrer bedingungslosen Unterstützung Israels nicht ändert.

(Nord-)Irland: Umstrittener Vertrag

Langes Tauziehen in den Schlußverhandlungen; einige Male werden Termine zur Verkündung der Verträge zwischen den Parteien im Konflikt um die zukünftige Machtbalance rund um Belfast neu angesetzt. Immer wieder wird zwischen den Royalisten und den Republikanern um die bessere Startposition gerungen, unter dem Druck der irischen, englischen und US-amerikanischen Regierung. Schließlich soll ein antiquierter Konflikt um die soziale Entwicklung einer Provinz mitten im („friedlichen“) Europa beigelegt werden. Tony Blair wirft sein Image ebenso in die Wagschale wie der Sinn Fein-Vertreter Gerry Adams. Einige Dissidenten aus der IRA und jene aus der INLA haben in den letzten Wochen versucht, den Kurs noch herumzureißen. Ihre militanten Kampfformen werden zukünftig weiter isoliert werden. Die Sinn Fein wird die Funktion übernehmen, den sozialen Sprengstoff zu kon-

trollieren, der in den Randsiedlungen der Provinz durchaus vorhanden ist.

Frankreich: Den „Sans Papiers“ droht jetzt die Abschiebung

Nachdem die französische Mehrheitskoalition in der letzten Woche eine neue Gesetzgebung für AusländerInnen verabschiedet hat, steht die Mehrheit der Sans Papiers mit dem Rücken zur Wand. Ihrer Abschiebung, durch die Regierung mehrheitlich beschlossen, steht nun nichts mehr im Wege. Argumentiert wurde durch die PCF-Koalitionspartei mit einem auch hierzulande bekannten Erklärungsmuster; dies würde den Rechten nur noch mehr Auftrieb geben. Man dürfe nicht Le Pen in die Hände arbeiten.

Die Regierung hat zwar eine neue, etwas weniger repressive Regelung als ihrer Vorgängerin beschlossen, an den Interessen und damit der Legalisierung der Papierlosen aber vorbeigehandelt. Etwa die Hälfte der Sans Papiers hat – bedingt durch das Schein-Angebot der Regierung, Anträge zu prüfen – ihren Aufenthaltsort preisgegeben, ein anderer Teil hatte sich lediglich vermittelt über Solidaritätsorganisationen gegenüber den Behörden „geoutet“.

Ihre Versuche der letzten Woche zielten auf weitere Mobilisierung in Frankreich. Die Verbindung mit den Arbeitslosen in Frankreich wird gesucht, ebenso die mit den prekär Beschäftigten. „Aufenthalt für 10 Jahre! Erhöhung der Arbeitslosenbezüge!“ So die Forderungen. Eine Rückkehr in die Klandestinität schließen die „Sans Papiers“ aus; jetzt, wo sie ihre Stimme erhoben haben, sollen sich auch andere Kreise damit befassen. Die Kulturschaffenden sollen erneut Stellung beziehen; wie vor zwei Jahren, als sie die Meldefristen zur Kontrolle der Einwanderung zu Fall brachten. Damals, vor zwei Jahren, begann der Kampf mit der Besetzung der Kirche St. Ambroise in Paris. Die Selbstorganisation der Sans Papiers hat sich seitdem verbessert, sie sind lokal und überregional organisiert, haben viel Selbstbewußtsein geschaffen.

„Wir sind schon da!“ ist ein in deutscher Sprache produziertes Video, in dem 5 Frauen der Sans Papiers über ihren Kampf berichten; zu Entstehungsgeschichte und Hintergründen, von der Organisation der Frauen in den Sans Papiers und ihren Forderungen. Madjiguene Cisse: „Unsere Forderungen gehen weit über die Regulierung unserer Papiere hinaus. Es ist sicher, daß unser Kampf, den wir – als Volk aus dem Süden, das hier in Europa lebt – führen, die Frage nach der Nord-Süd Beziehung stellt. Das ist die Frage, die sich heute stellt!“ Das Video ist gegen einen Kostenbeitrag von 50 Mark zu entleihen bei: *autofocus video-werkstatt, Eisenbahnstr. 4 10997 Berlin, Tel. 030-6188002, Fax: 030-6111583*

(Zusammenstellung: mc)

KEIN MENSCH IST ILLEGAL! • ASYL IST MENSCHENRECHT! • NEIN ZUM RASSISMUS! • KEINE AUSWEISUNG!

Seit langen Jahren spielt die Auswanderung eine wichtige Rolle in der Geschichte Irlands. Diese Menschen haben ihre Heimat verlassen, um ein besseres Leben in einem fremden Land zu führen. Als „ökonomische“ Auswanderer waren die Iren willkommen in der ganzen Welt. Im Moment gibt es in Irland etwa 5000 Asylsuchende. Die irische Regierung meint, nur 10% dieser Menschen seien „echte“ Flüchtlinge. Die anderen 90% sollen sog. „ökonomische Immigranten“ sein, deshalb werden sie höchstwahrscheinlich in ihre Heimat zurückgeschoben werden.

In den 80er Jahren, nachdem die irische Regierung an die amerikanischen Behörden appelliert hatte, sie sollten die irischen Illegalen in den USA bleiben lassen, bekamen etwa 40000 Personen ihre Arbeitslaubnis. Im Februar 1998 fing die irische Regierung an, Flüchtlinge aus Irland auszuweisen. Behauptungen seitens der irischen Regierung befassen sich fast ausschließlich mit den daraus entstehenden Kosten für die irische Staatskasse. Asylanten dürfen aber in Irland nicht arbeiten, bis ihre Verfahren geklärt sind, was meistens einige Jahre dauert. In der Zwischenzeit werden diese Menschen als „Schmarotzer“ für den Staat bezeichnet. Rassistische Anfälle und körperliche Angriffe auf Asylanten, obwohl klein an der Zahl, sind im Steigen begriffen.

Um Widerstand gegen die beschämend-heuchlerische Ausweisungspolitik der irischen Regierung sowie gegen den anwachsenden Rassismus wird ein irischer Aktionstag für den 25. April bestimmt. Der Aktionstag wurde ins Leben gerufen von einer Koalition von antirassistischen Gruppen und genießt die Unterstützung seitens der vielen Freiwilligen Gruppen in den Gemeinden. Demonstrationen sollen in Dublin, Cork, Galway, und Limerick stattfinden. Zusätzlich werden Protesttage vor der Botschaft Irland in Paris, Stockholm, London, Bonn veranstaltet.

Unterstützen Sie unseren Protest vor der irischen Botschaft am 25. April 1998.

Aktionstag am 25. April um 13 Uhr, Botschaft der Republik Irland, Godesberger Allee 119, 53175 Bonn

Der obige Aufruf, der aus dem EU-Land Irland stammt, welches noch nicht „Schengenstaat“ ist, zeigt die Problematik der Ausweitung eines europäischen Abschottungssystems. Nachdem Österreich und Italien in den letzten Monaten zu dem europäischen Abschreckungs- und Abwehrsystem gegenüber asylsuchenden Menschen aus vielen Ländern hinzugekommen sind, stehen noch England, Irland und Griechenland „außerhalb“. Es wird eine Frage der Zeit sein, bis auch diese Länder auf den Zug aufspringen. Die Entwicklung in Irland drückt die Tendenz aus.

Das Straßburger Europaparlament hatte in einer Entschließung Ende Januar 1998 gefordert, daß die europäischen Staaten sich gemeinsam der Aufgabe und Verantwortung bewußt zu sein hätten, eine humane Einwanderungs- und Asylpolitik durchzusetzen. Dazu gehört seiner Ansicht nach auch der Schutz von Bedrohten, ihren Aufenthalt „im Einklang mit den Menschenrechten und internationalen Übereinkommen zu legalisieren“. Einwanderung dürfe nicht differenziert werden, die Eingewanderten sollten gleichbehandelt werden.

Ein Bericht mit 133 Punkten war von der französischen Kommunistin Aline Pailler erarbeitet worden und hatte die Zustimmung von 260 Europa-ParlamentarierInnen erhalten. Die Konservativen und Rechtsextremen stimmten dagegen.

Neben vielen anderen Punkten wurden die „Kollektivausweisungen“, die Anwendung von Betäubungsmitteln zur Ausweisung, die Aberkennung des Flüchtlingsstatus nach der Genfer Kon-

vention, die Abschottungspraxis der europäischen Länder kritisiert. Entsprechend der Genfer und Europäischen Konvention (Art 3 EMRK) fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten auf, „auch illegal eingereiste Einwanderer und Flüchtlinge nicht in einen Staat zurückzuschieben, in dem ihnen Folter oder andere unmenschliche oder erniedrigende Behandlung droht bzw. die begründete Annahme besteht, einer solchen Behandlung ausgesetzt zu werden.“ Die Beschlußfassung forderte im übrigen auch „mit Nachdruck die kontinuierliche Durchführung von Informations- und Bildungskampagnen, vor allem an den Schulen und in den Medien, um Rassismus zu bekämpfen, Toleranz zu fördern, den positiven Beitrag von AusländerInnen zur europäischen Wirtschaft und Kultur herauszustellen.“ Eine der europäischen Formierung auf der Ebene der Regierung deutlich entgegenstehende Beschlußfassung. Diese hat jedoch ihre Grenze dort, wo die Tendenzen des europäischen Parlaments sabotiert werden durch die realen Einflußfaktoren der Machtfaktoren in einer Gesellschaft. Diese verhandeln parallel – z.B. in Bonn durch das Wirtschaftsministerium angeführt – über die „Mindestnormen“ einer gleichmäßigen „Lastenverteilung“ in Sachen Einwanderung. Darunter ist in der Regel ein System von Zuwanderungskontrollen zu verstehen, daß auf dem niedrigst möglichen Niveau angesiedelt ist. So heißt es auch, für einen vorübergehenden Schutz existiere „kein Rechtsanspruch, die Staaten gewähren ihn als autonome Maßnahme“.

(mc)

HANNOVER. Am 28.3.98 protestierten 300 Menschen am Kröpcke gegen die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, in dem vorgesehen ist, Sozialleistungen für „geduldete“ und illegal eingereiste Flüchtlinge zu streichen. DGB-Landesbezirk Niedersachsen, Niedersächsischer Flüchtlingsrat, VVN-BdA Niedersachsen und weitere Initiativen der Flüchtlingsarbeit aus Hannover, Hildesheim, Göttingen und Lüneburg unterstützten die Aktion. Alle Redner der Kundgebung wandten sich gegen „ein Gesetz, das so offensichtlich von einem rassistischen Diskurs geleitet ist“ und Tausenden von Flüchtlingen jegliche Lebensgrundlage entzieht.



geben. – Abfahrt am 24.4. an der Hohenzollern Brücke, 9 Uhr, Ankunft in Düsseldorf ca. 11.30 Uhr, Demonstration zum Landesinnenministerium!

Haftstrafe für Totalverweigerer

DARMSTADT. Das Amtsgericht Darmstadt verurteilte am 24. März den totalen Kriegsdienstverweigerer Sven Hartjenstein zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung. Für die Hauptverhandlung benötigte Richter Dähner gerade 45 Minuten. Svens Versuche, seine Entscheidung zu begründen und die zivil-militärische Zusammenarbeit im Kriegsfall darzustellen, wurden vom Gericht gezielt gestört und behindert. Die Staatsanwältin forderte aus Gründen der „Individual- und Generalprävention“ sechs Monate Haft. Richter Dähner schloß sich dem mit der Begründung an, Sven sei „ein Überzeugungstäter“ und die „Sozialprognose“ negativ. Sven Hartjenstein hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Im Vorfeld der Verhandlung war es der DFG/VK gelungen, durch eine Pressemitteilung den Hessischen Rundfunk einzuschalten. Er sendete kurz nach Beendigung des Prozesses einen Beitrag im Hörfunkprogramm über Sven.

Torsten Froese, DFG/VK FfM

Pax Christi im Erzbistum Köln nimmt Stellung

KÖLN. Pax Christi im Erzbistum Köln kritisiert die Praxis, alljährlich aus Anlaß des Weltfriedenstages speziell für Soldaten in Uniform eine Heilige Messe im Dom zu feiern.

Dies entspricht nach dem Verständnis von Pax Christi und vielen anderen Katholikinnen und Katholiken im Erzbistum nicht der päpstlichen Intention des Weltfriedenstages Diese thematisiert in der Regel die Perspektiven von Frieden und weltweiter Gerechtigkeit zu diesem Anlaß, nicht aber die kirchliche Rechtfertigung militärischen Handelns durch Soldaten.

aus Lokalberichte Köln

Schiffsfahrt nach Düsseldorf und Demo zum Innenministerium

Köln. Am 17. April sollte eine Düsseldorfer Regierungsdelegation in die Türkei reisen, um die Menschenrechtssituation zu untersuchen. Die Reise wurde von der türkischen Regierung abgesagt, – doch es gibt mehr als genug Delegationsberichte über die Türkei. Darum fordern die Flüchtlinge, Kirchengemeinden und Netzwerke „Kein Mensch ist illegal“, daß eine öffentliche Anhörung über die Notwendigkeit des Abschiebestopps in die Türkei stattfinden soll – mit MenschenrechtsexpertInnen aus der Türkei und Deutschland, mit VertreterInnen des Landesinnenministeriums und der Landtagsfraktionen. Diese Anhörung soll im Mai stattfinden.

Am Freitag, 24. April, werden die kurdischen Flüchtlinge mit PfarrerInnen, Prominenten und „Kein Mensch ist illegal“ mit einem Schiff nach Düsseldorf fahren. Um 12 Uhr wird dort eine Demonstration zum Landtag bzw. Landesinnenministerium ziehen. Dort sollen Innenminister Kniola die Unterschriften für den Abschiebestopp und Material zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei übergeben werden. Innenminister Kniola hat so außerdem die Möglichkeit,

sich direkt bei den Flüchtlingen zu informieren. Sie alle sind ZeugInnen und Opfer der menschenverachtenden Politik, von Folter Vergewaltigung, von Dorfzerstörung und Vertreibung. Sie können aus eigener Erfahrung von der Verfolgung und Chancenlosigkeit kurdischer Menschen in der gesamten Türkei berichten.

Nach der Rückkehr wird es abends gegen 18 Uhr ein Fest am Kölner Rheinufer



FRANKFURT. Zu einem Friedenszeichen mit einem Durchmesser von 65 Metern stellten sich die Teilnehmer des Ostermarsches in der Ruppiner Heide in Brandenburg auf. Auf dem 14 000 Hektar großen Gelände war früher ein Bombenwurfplatz der sowjetischen Armee. Die Ostermarschierer wandten sich dagegen, daß jetzt das Gelände durch die Bundeswehr genutzt werden soll. In den östlichen Bundesländern beteiligten sich viele Menschen an den Ostermärschen, allein im Zeitzer Forst in Sachsen-Anhalt und in der Ruppiner Heide 4500 Menschen. – In den alten Bundesländern war die Teilnahme niedriger. Zur Abschlußkundgebung nach Frankfurt kamen z.B. 300 Teilnehmer. Das zentrale Ostermarschbüro in Frankfurt hatte den Aufruf unter das Motto gestellt „Es ist höchste Zeit für den Wechsel: Frieden und Arbeit für alle“. Die Palette politischer Themen des Ostermarsches war weit gefaßt: Demokratieabbau, aktuell durch den Lauschangriff und die Abschottung der europäischen Grenzen, die Militarisierung Deutschlands, Nazis in der Bundeswehr, die Investition in Rüstung statt in Frieden und Abrüstung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung, ökologische Verantwortung und internationale Solidarität. Wichtige Forderungen waren: Kein Bau des Eurofighters, keine Waffenlieferungen in die Türkei, Verbot von Waffenexport, keine Beteiligung an einem Krieg im Irak, keine Entwicklung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee.

jöd, ola

Aufruf zu einer Karawane nach Genf im Mai 1998 zur WTO Ministerkonferenz

Dannenberg. Wir erleben eine Zeit rasanter Veränderungen. Nichts gegen Veränderungen, doch sie gehen genau in die falsche Richtung. Weltweit dieselbe Entwicklung: Die Armen werden immer ärmer, während die Reichen immer reicher werden. Das Schlimme daran ist, daß es dabei nicht nur um materielle Ungerechtigkeit geht. Auch Freiheit, Würde und eine gesunde Umwelt werden mehr und mehr zu Waren, die von Reichen in Anspruch genommen werden können, aber den Armen vorenthalten werden. Anstatt die Armut zu bekämpfen, wird ein Krieg gegen die Armen geführt. Während für Kapital und Waren die Grenzen abgebaut werden (Globalisierung), werden für Menschen mit wenig Geld neue Grenzen aufgebaut. Sowohl auf großräumiger (z.B. „Festung Europa“) als auch auf lokaler Ebene sichern sich die Reichen Gebiete, wo sie ungestört vom Anblick der Armut unter sich sein können. Die Aufteilung der Regionen nach Reichtum hat auch ökologische Bedeutung. Die giftigsten und riskantesten Unternehmungen (z.B. Atomergieanlagen) werden meist in den ärmsten Gebieten angesiedelt. Bestenfalls werden die Schäden durch einen verschwenderischen Lebensstil für wenige (z.B. Luftverkehr) auf alle verteilt.

Stoppt den neoliberalen Wahnsinn !

Dieses Prinzip der Privatisierung des Nutzens und der Sozialisierung der Schäden gilt auch für die Verantwortung wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen. Während die Gewinne gerne als persönliche Leistungen eingesteckt werden, will für die sozialen und ökologischen Folgen einer Entscheidung niemand die Verantwortung tragen. Dann liegt es plötzlich an unvermeidbaren Sachzwängen, anonymen Mächten wie dem Markt oder den Konsumenten, die das ja haben wollen.

Alles soll dem „freien“ Wettbewerb unterworfen werden, dann wird's der Markt schon regeln. Die Erfahrungen zeigen jedoch, daß der „freie“ Markt alles nur im Sinne der Mächtigsten regelt. Soziale und ökologische Katastrophen werden bei rein wirtschaftlicher Betrachtung nicht mehr als zu vermeidende Unglücksfälle gesehen, sondern als Chancen, Löhne zu drücken und neue Absatzmärkte zu erobern. Wir rasen auf einen Abgrund zu. Doch unsere Politiker haben nichts besseres zu tun als die Bremsen zu entfernen.

In geheimen Verhandlungen der OECD (Industriestaaten) wurde ein Vertrag „zum Schutz von Investitionen“ erarbeitet, der den unterzeichnenden Staaten

praktisch alles verbietet, was den Interessen von Investoren widerspricht. Gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz oder zur sozialen Sicherung wären nur noch möglich bei entsprechender „Entschädigung“ der Kapitalisten, angesichts der leeren öffentlichen Kassen also nahezu unmöglich. Dieser Vertrag, genannt „Multilateral Agreement on Investment“

Tourplanung

Die Kernstrecke der Karawane wird von Frankfurt bis Genf gehen. Frankfurt ist deutsches Finanzzentrum, Stadt der Banken und der Börse. (...)

Für die Strecke Frankfurt-Genf haben wir zwei Wochen veranschlagt. Am Samstag den 2.5 wäre Ankunft in Frankfurt, dann ein fahrtfreier Sonntag zum treffen, kennenlernen, diskutieren und planen. Einen weiteren freien Sonntag haben wir am 10.5 in Basel eingeplant. Er dient auch als Zeitreserve, falls es an der Grenze Schwierigkeiten gibt.

Mo 4.5	Darmstadt (30km)
Di 5.5	Heidelberg (55)
Mi 6.5	Karlsruhe (50)
Do 7.5	Offenburg? (65)
Fr 8.5	Freiburg (60)
Sa 9.5	Basel (60)
Mo 11.5	Aarau (55)
Di 12.5	Burgdorf? (60)
Mi 13.5	Bern (25)
Do 14.5	Fribourg (30)
Fr 15.5	Lausanne (60)
Sa 16.5	Genf (60)

In Genf werden am 16.5 mit einer „Global Street Party“ die direkten Aktionen der WTO Ministerkonferenz eingeleitet, die bis zum 20.5 dauert.

Mitmachen!

Wenn ihr mitfahren wollt, meldet euch frühzeitig, damit wir abschätzen können, wieviele wir werden.

Rückmeldung

zur Karawane „Geld oder Leben?“ nach Genf im Mai 98

Tel. 05861/2527

Fax: 05861/2527

Email: wiwawend@mail.nadir.org

WIWA Wendland

c/o Abraxa; Marschtorstr. 56

D-29451 Dannenberg

(MAI) soll in diesem Frühjahr unterzeichnet werden. Es ist zu befürchten, daß viele Staaten den Vertrag unterzeichnen, um Investoren anzulocken und die restlichen Staaten dadurch noch mehr unter Druck geraten. Einmal unterzeichnet, kann ein Staat frühestens nach 5 Jahren aussteigen, und muss selbst dann noch weitere 15 Jahre die Regeln des MAI befolgen. Die Demokratie wird damit vollends zur Marionette, da sie nur noch beschliessen kann, was das Kapital will. Dieses Ermächtigungsgesetz kann nur verhindert werden, wenn ein breites öffentliches Bewusstsein über seine Konsequenzen entsteht. Nutzen wir den Mai, um das MAI zu verhindern!

Macht den Standort zum Widerstandort!

Oft ist zu hören, dass man gegen den Neoliberalismus keinen Widerstand leisten könne, da er zwar überall wirksam, aber nirgends konkret zu fassen sei. Er wird jedoch konkret in allen seinen Auswirkungen und kann dort auch bekämpft werden. Wir halten es jedoch für wichtig, daß diese Kämpfe nicht isoliert voneinander geführt werden, sondern im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Der Neoliberalismus bezieht seine Stärke aus seiner Ideologie, einem Gedankengebäude aus Lügen und Versprechungen. Diese muß als solche auch direkt angegriffen werden.

Auch der neoliberale Umbau der Welt hat seine Termine und damit Anlässe, gemeinsam dagegen vorzugehen. So treffen sich im Mai (18.-20.) Minister und andere Bonzen in Genf zur jährlichen Tagung der Welthandelsorganisation (WTO), um weiter unsere Zukunft zu verplanen. Nebenbei wollen sie ein 50jähriges Jubiläum des WTO-Vorläufers GATT feiern, d.h. seit 50 Jahren wird die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur offiziell koordiniert.

Ein Aktionsbündnis von Widerstandsbewegungen aus aller Welt mit dem Namen „Peoples Global Action“ (Weltweite Aktion der Leute / Völker) will in dieser Zeit sowohl dezentral als auch in Genf direkt Aktionen gegen den „freien“ Handel und seine Auswirkungen durchführen. Im Rahmen dieser Aktionen wird auch unsere Karawane stattfinden. In den drei Wochen davor wollen wir schon mal eine Menge Aufmerksamkeit auf dieses Ereignis lenken und uns dann auch an den Aktionen in Genf beteiligen.

Antifaschistischer Gedenktag mit tschechischen Gästen

REGENSBURG. Seit jeher wird in Regensburg der 23. April als antifaschistischer Gedenktag begangen. Vor 53 Jahren, am 23. April 1945 – die alliierten Truppen standen bereits unmittelbar vor der Stadt – versammelten sich einige Tausend Regensburgerinnen und Regensburger auf dem Dachau-Platz, um dort, in unmittelbarer Nähe der Nazi-Verwaltung, die kampflöse Übergabe der Stadt zu fordern. Drei von ihnen, der Domprediger Dr. Johann Maier, Michael Lottner und Josef Zirkel, wurden dafür von den Faschisten ermordet.

Auch in diesem Jahr wird mit einer Kundgebung auf dem Dachauplatz an dieses Ereignis erinnert werden. Aber nicht nur an dieses. Die antifaschistischen Organisationen Regensburgs laden ein zu einem Stadtrundgang, der am 23. April um 15 Uhr am Denkmal für die KZ-Opfer im Stadtteil Stadtamhof beginnen wird. Mit einer Kranzniederlegung wird dort der Häftlinge aus allen von

Hitlerdeutschland überfallenen Ländern gedacht, die ebenfalls am 23. April 1945 aus dem KZ Flossenbürg, Außenkommando Colosseum in Regensburg, auf den Todesmarsch getrieben wurden. Ein Teil dieser Häftlinge wurde, dem Tode bereits näher als dem Leben, von ihren Peinigern durch die tschechische Stadt Domazlice gejagt. Dort griffen mutige Frauen und Männer die SS-Wachposten an und versuchten, die Häftlinge mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch daran wird, im Beisein tschechischer Gäste, in Stadtamhof erinnert werden.

Nächste Station wird der Neupfarrplatz sein, auf dem am 12. Mai 1933 die Nazis die Bücher aller unliebsamen Schriftsteller verbrannten, der aber auch der „Neupfarrplatz-Gruppe“ den Namen gab, einer Gruppe von Menschen, die sich nicht von den Nazi-Lügen Sand in die Augen streuen, sich vom Nazi-Terror nicht einschüchtern ließen. Daß auch ihnen ein Denkmal gesetzt wird, ist eins der Ziele der Regensburger Antifaschisten heute. Anschließend führt der Weg zur Synagoge. An demselben Platz, wo die neue Synagoge wiederaufgebaut ist, wurde am 9. November 1938 ihre Vorgängerin niedergebrannt. Und von diesem Platz aus wurden auch die Juden aus Regensburg verschleppt, Richtung Dachau und Auschwitz.

Um 17 Uhr wird am Dachauplatz die Schlußkundgebung stattfinden. Dort wird auch zur Sprache kommen, womit vor 60 Jahren die von den Nazis von langer Hand geplante Versklavung der Völker Osteuropas begann, dem Diktat von München („Münchner Abkommen“), dessen Null- und Nichtig-Erklärung von Anfang an durch die Bundesregierung bis heute aussteht.

Zum gemeinsamen Gedenken und zur

Festigung solidarischer Beziehungen wurden zwei tschechische Delegationen aus dem Bezirk Domazlice eingeladen. Die größere Delegation kommt, wie die Regensburger Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in einem Rundschreiben mitteilt, vom „links orientierten Klub der Frauen“, zu dem seit dem Internationalen Frauentag am 8. März 1997 freundschaftliche Beziehungen bestehen. Die zweite Delegation kommt vom Kreirat des „Klubs des tschechischen Grenzgebiets“ in Domazlice, der seine Ziele in einem Brief vorstellt: „Wir sind für gute und beiderseits nützliche Beziehungen mit allen Nachbarn der CR, vor allem mit der BRD, und zwar auf der Basis von Gleichheit, Souveränitätsrespektierung und Nichteinmischung.“ An den antifaschistischen Stadtrundgang wird sich ein Freundschafstessen mit den Gästen aus der Tschechischen Republik anschließen. rh

Lebensbegleitung und Förderung

Pflege ist nicht genug

HAMBURG. Mehrere hundert Menschen protestierten Anfang März auf einer Veranstaltung im Museum für Arbeit gegen die Absicht des Senats, Wohneinrichtungen von Behinderten in Pflegeabteilungen bzw. Pflegeheime umzuwandeln.

Nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten behinderte Menschen ergänzend zur Pflege eine sog. Eingliederungshilfe zu ihrer Betreuung und Förderung, die ihnen ein einigermaßen individuelles und integriertes Leben ermöglichen soll. Mit der beabsichtigten Umwandlung betreuter Wohneinrichtungen in Pflegeeinrichtungen will der Senat einen Teil der Kosten für die Betreuung Behinderter auf die Pflegeversicherung abwälzen, was bedeutet, daß die Eingliederungshilfe – weil nicht Bestandteil der Pflegeversicherung – gestrichen wird. Dagegen hat sich inzwischen ein Hamburger Initiativkreis Eingliederungshilfe gegründet, der u.a. eine Unterschriftensammlung gegen die Streichung organisiert. Wir veröffentlichen Auszüge einer Entschließung mehrerer Organisationen und des Initiativkreises. bab

Keine Experimente auf Kosten schwerstbehinderter Menschen!

Wir protestieren gegen die Absicht des Hamburger Senats, Teile der Wohneinrichtungen für behinderte Menschen in Pflegeabteilungen bzw. Pflegeheime umzuwandeln. Menschen, die wegen ihrer Behinderung darauf angewiesen sind, in betreuten Wohnformen zu leben, brauchen verlässliche Assistenz, Lebensbegleitung und Förderung, die mit der notwendigen Pflege ganzheitlich verbunden sind. Der Anspruch für die Hilfe leitet sich ausschließlich aus der im Bundesso-

zialhilfegesetz normierten Eingliederungshilfe ab und ist nicht über andere Regelungen abzusichern.

Behinderte Menschen, die in Pflegeabteilungen nach den Vorschriften des Pflegeversicherungsgesetzes leben, verlieren für den zentralen Lebensbereich des Wohnens den Schutz der Eingliederungshilfe.

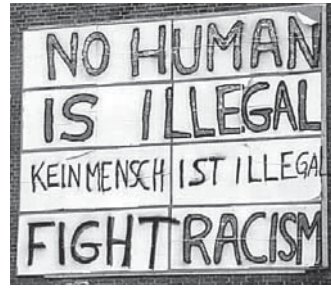
Wer in einem Pflegeheim bzw. einer Pflegeabteilung lebt, hat zunächst Anspruch auf Pflege. Die Frage, inwieweit ergänzende Eingliederungshilfe gewährt wird, die den bisherigen Betreuungsstandard tatsächlich gewährleisten kann, wird zum Spielball beliebiger Kürzungsphantasien. Mängel im Pflegeversicherungsgesetz können nur über eine Änderung dieses Gesetzes behoben werden. Wir protestieren dagegen, daß ersatzweise nun auch in Hamburg versucht wird, am Anspruch auf Eingliederungshilfe zu manipulieren.

Unsere Ängste begründen sich aus unseren Erfahrungen. Behinderte Menschen und deren Angehörige haben gelernt, daß sie sich nur auf die Hilfen verlassen können, die eine unmittelbare gesetzliche Grundlage haben. Wenn das Wohnen für behinderte Menschen aus der Eingliederungshilfe herausgenommen wird, bedeutet dies einen ersten Schritt zum Ausstieg aus der Eingliederungshilfe ... Wir fordern den Hamburger Senat auf, behinderte Menschen nicht in die für sie ungeeigneten Strukturen der Pflege zu zwingen.



So wie auf diesem Bild in Stuttgart demonstrierten Ende März in zahlreichen Städten Pflegekräfte gegen die Bonner Pläne, die Fachkraftquote von 50 Prozent in den Altenheimen zu streichen. Ihr Erfolg: die Pläne werden um 2 Jahre zurückgestellt. Der Kampf um die Pflegequalität hat damit Auftrieb bekommen.

Aushungern als Strategie gegen Flüchtlinge



ESSEN. Wie leben Menschen in der Bundesrepublik, die gezwungen sind, ihr Überleben in der Illegalität zu organisieren? Auf Einladung von Pro Asyl/Flüchtlingsrat und dem Stadtteilbüro der Zeche Carl berichteten am 28.3.1998 Mitglieder der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration aus Berlin, der Bochumer medizinischen Flüchtlingshilfe und ein Pfarrer aus Altenessen in der Zeche Carl über ihre Erfahrungen.

So führt die Bochumer Initiative einmal wöchentlich eine „Sprechstunde“ für Flüchtlinge durch. Wenn das anwesende medizinisch geschulte Personal – z.T. Ärzt/innen – nicht helfen kann, vermitteln sie weiter an Praxen und auch Krankenhäuser, die bereit sind, ohne Nachfrage notwendige Behandlungen durchzuführen. Deutlich wurde, mit welcher vielfältigen Problemen die illegalisierten Menschen zu kämpfen haben und wie auch die Helfer/innen oft an den Rand der Illegalität gedrückt werden. Hier kann nur eine solidarische Öffentlichkeit ein Gegengewicht setzen. Und manchmal ist es möglich, aus der Illegalität wieder in die Legalität zu kommen, wie erfolgreiche Kirchenasyle bewiesen haben. Die Mitarbeiterin der Berliner Forschungsgesellschaft berichtete über die erfreulich große Zustimmung, die die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“, zu deren Initiatorinnen sie zählt, bundesweit findet. Im Rahmen dieser Kampagne gelingt es, unterschiedliche Aktionen zur Unterstützung von Flüchtlingen zusammenzuführen, z.B. die bisher größte Kirchenasylkampagne gegen die Abschiebung von kurdischen Flüchtlingen. Zunächst in Köln, derzeit in Düren sind über 100 Menschen im Kirchenasyl. Ihre nächste Station könnte eine Kirche in Bochum sein.

Nachdrücklich kritisierte die Mitarbeiterin der Forschungsstelle die Bundesratsinitiative zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, durch die hunderttausende Flüchtlinge in die Illegalität gezwungen werden. Der Gesetzentwurf – der von sozialdemokratisch regierten Ländern eingebracht wurde – passierte am Tag nach der Veranstaltung unter Beifall der Bundesregierung in erster Lesung den Bundestag. Die folgende Darstellung der Auswirkungen des Gesetzentwurfes ist dem Infobrief von Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen, März 1998, entnommen. Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen will die Gesetzesänderung in den Mittelpunkt des ersten flüchtlingspolitischen Ratschlages in Essen am 19. Mai stellen.

syb

„Täuschen und Drohen“

„Der Bundesrat hat eine neue Strategie zur Vertreibung von Flüchtlingen ausgeheckt: Das Streichen der Sozialhilfe“. Die hier übernommene Headline des *Spiegel* vom 23.2.1998 zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschreibt den vom Bundesrat am 6.2.1998 beschlossenen Gesetzesentwurf treffend. Wenn es nach ihm geht, soll in Zukunft für geduldete Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können, der Rechtsanspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz „eingeschränkt“ werden. In der Umsetzung heißt „eingeschränkt“ für die meisten „gestrichen“, was in der Vorlage des Bundesrates geschickt verschleiert wird.

Das Ziel ist, die Betroffenen zur Ausreise zu treiben. Ein Ergebnis wird sein, daß sich viele in die Illegalität, statt in ihre Herkunftsländer treiben lassen. Die Frage ist, ob die Gesetzesänderung verfassungsrechtlich haltbar ist, ob sie sich im Bundestag so durchsetzen läßt und ob die Kommunen mitspielen. Wenn sie tatsächlich umgesetzt wird, sind schätzungsweise zwischen 250 000 und 500 000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik vom Aushungern bedroht.

Wen betrifft die Gesetzesänderung?

Die Streichung der Leistungen soll solche geduldeten Personen und Familien betreffen,

„1. die sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben haben, um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen“ Das heißt, „... Personen, deren Motive für die Einreise der Bezug von Sozialleistungen waren ...

2. bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können ...“ Beispielsweise, „... wenn sie nicht bei der Paßbeschaffung mitwirken

3. die nicht freiwillig ausreisen, obwohl ihrer Ausreise in den Herkunftsstaat oder einen anderen zur Aufnahme bereiten Staat keine rechtlichen oder tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen ...“ Das heißt, „wenn eine Abschiebung des Ausländers mangels Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ... nicht möglich ist, der Ausländer gleichwohl freiwillig in sein Heimatland zurückkehren könnte.“ Sie alle „erhalten Leistungen nach diesem Gesetz nur, soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist.“

Die publizierten Zahlen schwanken zwischen 250 000 und 500 000 Betroffenen. Genaue Angaben sind schon deshalb

nicht möglich, weil nicht klar ist, wer unter die Kategorie „im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten“ fällt und leistungsberechtigt bleiben soll. Darüber hinaus wird die Entscheidung, wem die Leistungen

gestrichen werden und wem nicht, bei den Kommunen und ihren Mitarbeitern vor Ort liegen. Ob und wieviele leistungsberechtigte Einzelfälle sie festlegen werden, hängt von kommunalen Direktiven, aber auch von der Auslegung der Mitarbeiter in den Sozialämtern und Ausländerbehörden ab. Kein Flüchtling wird von sich aus sagen, daß er nur gekommen ist, um Sozialhilfe zu erschleichen, oder daß er seine Papiere vernichtet hat, um hier zu bleiben. Jeder geduldete Flüchtling kann glaubwürdig versichern, daß er nicht in Länder wie Algerien, Bosnien, Afghanistan zurückgehen kann, ohne sein Leben zu riskieren. Und in den meisten Fällen wissen die Sozialarbeiter auch, daß dies nicht gelogen ist. So ist es nur realistisch, wenn es im Gesetzentwurf des Bundesrates heißt: „Die Höhe der Einsparungen ist derzeit wegen fehlender Berechnungsunterlagen nicht zu beziffern“. Zum heutigen Zeitpunkt werden die geplanten Streichungen vor allem Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien – hier besonders die Muslime aus der Republik Srpska –, aus Algerien, aus Afghanistan, Libanon, sowie Kurden und Vietnamesen aus der ehemaligen DDR treffen.

Schwarzer Peter liegt bei Kommunen

Wenn diese Gesetzesänderung tatsächlich vom Bundestag abgesegnet wird, stehen die Kommunen vor der Aufgabe zu entscheiden, wie eng oder wie weit sie die Gesetzesvorgaben umsetzen. Das Gesetz treibt sie geradezu dahin, dringend erforderliche Einsparungen noch mehr an Menschen vorzunehmen, die in ihrer Heimat nicht leben können und in Deutschland am untersten Ende der Versorgungsskala stehen. Das Gesetz zwingt die Kommunen und ihre angestellten Sozialarbeiter geradezu, von jedem der betroffenen Flüchtlinge anzunehmen, er sei ein Betrüger. Manche Städte und auch manche Mitarbeiter in den Behörden mögen diesen Einsparversuch auf dem Rücken der Schwächsten und Gefährdetsten begrüßen.

Aber in einer Stadt wie Essen, die einen vergleichsweise guten Ruf im Umgang mit Flüchtlingen hat, kann dies nur zu massiven politischen und moralischen Konflikten führen – in der Verwaltung, bei den Angestellten der Sozialämter und nicht zuletzt bei den BürgerInnen, welche sich um Flüchtlinge vor Ort kümmern.

Zitate – soweit nicht anders gekennzeichnet – aus dem Gesetzentwurf, Drucksache 691/97 – Juliane Pilz

3. Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit: Ein Bericht aus Eberswalde

Der 3. Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut wurde im Bezirk Eberswalde dezentral durchgeführt.

Wie ÖTV-Geschäftsführer Jens Gröger informierte, beteiligten sich in Schwedt 250 und in Angermünde etwa 100 Arbeitslose an der Aktion. In Eberswalde kamen trotz Dauerregens über 400 Demonstranten vor das Arbeitsamt. In Eberswalde beteiligt waren diesmal auch zahlreiche Jugendliche, vor allem vom Oberstufenzentrum II. Dessen Leiter hatte die Jugendlichen für die Demonstration vom Unterricht freigestellt.

Nach der Begrüßung formierte sich schnell der 400köpfige Demonstrationsszug und marschierte zum 5 km entfernten Rathaus Eberswalde, das diesmal Ziel des Arbeitslosenprotestes war.

Mit Trillerpfeifen, Sprechchören und zahlreichen Transparenten machten die Demonstranten auf sich aufmerksam. Viele im Demostau stehende Kraftfahrer bekundeten durch Hupen ihre Unterstützung für die Aktion. Unterwegs wurde auf dem Karl-Marx-Platz, verbunden mit einer 10minütigen Straßenblockade, ein „Arbeitslosen-Denkmal“ eingeweiht. Im Gegensatz zum Barnimer Landrat Bodo Ihrke, der bei den vorherigen Demonstrationen zum Landratsamt regelmäßig verhindert war, stand Eberswaldes Bürgermeister Reinhard Schulz den Arbeitslosen auf der Straße vor dem Rathaus Rede und Antwort. Er verweis darauf, daß der Spielraum der Kommune zur Lösung des Arbeitslosenproblems sehr begrenzt ist. Die grundlegenden Rahmenbedingungen würden in Bonn und in Potsdam festgelegt. Der Bürgermeister äußerte sein Verständnis für die Arbeitslosenaktionen. Er unterstütze deren Ziele und Forderungen.

Die Stadt versuche alles in ihren Kräften stehende, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Reinhard Schulz nannte als Erfolge u.a. die Entscheidungen, die als Landesregierung auf ihrer jüngsten Sitzung in Eberswalde verkündet hatte. Neben der Zusage zum Ausbau des Flugplatzes Finow würden besonders die Vorbereitungen zur Landesgartenschau im Jahr 2002 Investitionen und Arbeit in die Stadt und die Region bringen. Die Demonstranten nahmen diese Aussagen sehr skeptisch zur Kenntnis. Vor allem die Jugendlichen gaben dieser Skepsis auch lautstark Ausdruck. Trotzdem ließen sich die Demonstranten im Anschluß die vom Bürgermeister gesponsorte Erbsensuppe gut schmecken.

(Gerd Markmann, Eberswalde, entnommen aus: CL-Netz)



1000 Personen beteiligten sich am 13.4. am Berliner Ostermarsch. Tags zuvor hatten im nahen Wittstock-Neuruppin 3 000 gegen die geplante Weiternutzung des früheren russischen Truppenübungsgeländes als „Bombodrom“ der Bundeswehr protestiert. Trotzdem lästert die Presse über „schwache Beteiligung“.

Leipziger Oberbürgermeisterwahl

Lothar Tippach, PDS, mit 24,3% der Stimmen vor CDU-Kandidat

Von Dietmar Pellmann

Der Festsaal im Leipziger Neuen Rathaus war am Abend des 5. April reichlich gefüllt. Alle starteten auf eine Videowand. Als dort gegen 18.30 Uhr die ersten Abstimmungsergebnisse aufleuchteten, spaltete sich das Lager der Anwesenden zunächst noch zögernd in Gewinner und Verlierer. SPD-Kandidat Tiefensee erreichte mit 40 Prozent zwar im ersten Anlauf nicht das angestrebte Ziel, war aber dennoch der erwartete Gewinner des Abends. Der Kandidat der PDS, Dr. Lothar Tippach, seit 1990 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Leipziger Stadtrat, war der eigentliche Gewinner des Abends. Seine 24,3% bedeuteten nicht nur den zweiten Platz, sondern waren fast 6 Prozent mehr als 1994. Ziemlich betreten nahm CDU-Kandidat Kaminski seine reichlich 20 Prozent auf.

Daß die PDS in der größten Stadt des schwarzen Sachsens weit vor der CDU einkommen würde, damit hatten bestenfalls einige Insider gerechnet. Deshalb war Tippach den ganzen Abend für die reichlich präsenten überregionalen Medien auch der gefragteste Interviewpartner. Der bekannteste ostdeutsche Bündnisgrüne, Werner Schulz, der vor Monaten aus dem rheinischen Bonn extra nach Leipzig geeilt war, um hier Oberbürgermeister zu werden, ward nach seinen rund 8% den ganzen Abend nicht mehr gesehen. Zu erwähnen bleibt schließlich: Die FDP bestätigte mit 1,5%, daß sie in Leipzig seit längerem kein Bein mehr auf die Erde bekommt und von den Wahlstatistikern langsam in die Kategorie „Sonstige“ eingeordnet werden sollte.

Wie ist der erste Wahlgang für einen neuen Leipziger Oberbürgermeister nun

zu bewerten? Ich möchte dies nachfolgend aus der Sicht der Leipziger PDS lediglich thesenhaft tun, da eine solide Analyse erst nach dem zweiten Wahlgang am 26. April möglich ist.

Erstens: Kommunalwahlen sind in erster Linie Personenwahlen. Die PDS hat mit Lothar Tippach einen Kandidaten nominiert, dem von einem Viertel der Wähler dieses hohe Amt wegen seiner kommunalpolitischen Kompetenz zugeordnet wurde. Honoriert wurde zugleich die sachbezogene Oppositionspolitik der PDS-Fraktion im Stadtrat seit 1990.

Zweitens: Es ist der Leipziger PDS, dem mit 3 300 mitgliederstärksten Kreisverband der PDS, gelungen, einen von der Basis getragenen, aber professionellen Wahlkampf zu führen und sich dabei auch moderner Medien zu bedienen. Wer ernsthaft um den Oberbürgermeistersessel in einer Großstadt kämpft, der muß auch vom Erscheinungsbild während des Wahlkampfes mit den anderen Kandidaten konkurrieren können. Mangelnde finanzielle Mittel im Vergleich zu CDU und SPD haben wir durch wesentlich mehr Bürgergespräche in den Stadtteilen und Infoständen ausgeglichen.

Drittens: Partiiell ist es uns gelungen, die von der PDS gelegentlich beklagte Medienblockade zumindest lokal zu durchbrechen. Das war nur möglich, weil den Journalisten originelle Angebote unterbreitet wurden. Dazu gehörten u.a. ein „Elchtest“ von Lothar Tippach im Leipziger Wildpark, eine Tandemfahrt mit Tave Schur sowie der Anschlag eines Sofortprogramms nach Lutherschem Vorbild an die Leipziger Rathhaustür.

Viertens: Von den Wählerinnen und Wählern wird durchaus honoriert, wenn die PDS alternative kommunalpolitische

Angebote unterbreitet und vielleicht sogar meßbares erreicht. Dafür zwei Beispiele. Horrende Kommunalabgaben treiben viele Siedler an den Rand des Ruins. Die PDS hat sich sehr öffentlichkeitswirksam gegen solche städtischen Praktiken gewandt. Das Ergebnis ist, daß solche Siedlergebiete inzwischen zu den „Hochburgen“ der Leipziger PDS gehören. Daran war 1990 noch nicht zu denken, als hier lediglich einstellige Wahlergebnisse verbucht wurden. Während des Wahlkampfes haben wir uns massiv gegen am sozialen Bedarf vorbeigehende Sanierungspraktiken der städtischen Wohnungsgesellschaft gewandt und die Betroffenen wirksam unterstützt. Das hat offensichtlich mit dazu beigetragen, daß die PDS ihre überdurchschnittliche Präsenz in den Leipziger Plattenbaugebieten behaupten konnte, obwohl hier die Bevölkerungsfuktuation besonders hoch ist.

Fünftens: Die Leipziger Wahl hat selbstverständlich landes- und bundespolitische Aspekte. Es war der erste ernsthafte Test für den Wahlmarathon 1998/99 in Ostdeutschland. In Richtung Bundestagswahl könnte sich daraus für die PDS die Schlußfolgerung ergeben, ihr Wahlergebnis von 1994 noch steigern zu können. Dies muß nicht mit Notwendigkeit so sein; aber Leipzig hat den Beweis geliefert, daß ein solcher Trend möglich ist. Insofern ist die Leipziger PDS ihrer Verantwortung vor der Gesamtpartei gerecht geworden.

Es kann selbstverständlich nicht vorausgesagt werden, wie der zweite Wahlgang am 26. April ausgehen wird. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß die PDS ihr Ergebnis noch verbessern kann. Immerhin haben die Bündnisgrünen ihren Kandidaten aus dem Rennen genommen.

In den Tagen nach dem ersten Wahlgang haben wir bereits einen Vorgesmack davon bekommen, wie insbesondere die CDU im Bundestagswahlkampf agieren könnte. Der hiesige Kreisvorstand hat eine regelrechte Schlamm-schlacht gegen die PDS begonnen. Dabei sind sich selbst ehemalige Blockflöten, die noch vor Jahren mit bündnispolitischem Augenaufschlag zur SED aufgeschaut haben, nicht zu fein, für Leipzig das Gespenst der „kommunistischen Gefahr“ an die Wand zu malen und jene, die die PDS gewählt haben, als unverbesserliche Antidemokraten zu schelten. In ähnlicher Weise ist auch die von einigen Zeitungen losgetretene Kampagne gegen Tüve Schur, der in Leipzig für den Bundestag kandidiert, zu werten.

Alles in allem: Die Leipziger Wahlen hatten zwar in erster Linie kommunalpolitische Gewichtung. Aber sie haben zumindest einige Erfahrungen gebracht, die die PDS in den folgenden Wahlkämpfen beachten sollte.

Dr. sc. Dietmar Pellmann ist Vorsitzender der Leipziger PDS.

ERZWUNGENE ARBEIT:

Frankfurt/Main. Arbeitsloseninitiativen kritisieren die Politik des Sozialdezernats:

„Ab dem 1. April werden in Frankfurt alle neuen SozialhilfebezieherInnen gezwungen, eine sozialversicherungs-pflichtige Tätigkeit bei einer Beschäftigungsgesellschaft anzunehmen. Was sich erstmal ganz gut anhört, entpuppt sich schnell als Versuch der Stadt, Kosten auf den Bund abzuwälzen. Denn nach einem Jahr hat der Sozialhilfebezieher Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die Vermittlungsquote von Beschäftigungsgesellschaften liegt bei stolzen 2 bis 3%. Berufliche Qualifikationen spielen in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle. Es muß angenommen werden, was angeboten wird. Und dies zu einem Tarif, der weit unter Normalbezahlung liegt. Die Frage stellt sich, warum diese ‚Beschäftigungsoffensive‘ mit Zwangsmitteln erreicht werden soll? Offensichtlich hofft die Stadt, so mögliche Verweigerer aus dem Sozialhilfebezug zu drängen.“

GESUNDHEITSVORSORGE:

Augsburg. Nach Ansicht der Grünen verweigert die Stadt den Bürgern eine ausreichende Gesundheitsvorsorge, indem sie trotz der ab 1998 festgesetzten verschärften Prüfwerte für krebserregenden Dieselruß und Benzol keine Konsequenzen in der Verkehrspolitik zieht: Vielmehr wird durch neuere Straßenprojekte mehr Verkehr in die Stadt gezogen und ist mit einer Mehrbelastung an kritischen Stellen zu rechnen. Mehrere Anfragen der Fraktion der Grünen dazu wurden nicht beantwortet.

AUSLÄNDERPOLITIK:

München. Auf einer Tagung der CSU-Stadtratsfraktionen von bayerischen Großstädten Mitte März in Fürth wurde beschlossen, daß stärker nach der Devise „Ausländer raus“ gehandelt und außerdem der Zuzug von Ausländern nach Bayern „auf Null reduziert“ werden soll. Dadurch könnten die Großstädte in Bayern „kurzfristig um Sozialhilfekosten im dreistelligen Millionenbereich entlastet werden“. SPD und Grüne befürchten, daß so Stimmung für ein von Gauweiler geplantes Volksbegehren gegen Ausländer gemacht werden soll. Sie kündigten breite Gegenmaßnahmen an.

FRAUENFÖRDERUNG:

Essen. Eine katastrophale Bilanz zieht der dritte Bericht der Stadt Essen zur Frauenförderung. Personalpolitisch stagnierte die Umsetzung der Ziele des Plans „in allen Bereichen“, lautet das Fazit der Gleichstellungsbeauftragten. Der Anteil der Frauen an den Beförderungen ist sogar zurückgegangen. An den 80 Beförderungen in höheren Einkommensgruppen waren ganze 14 Frauen beteiligt, von den 32 Teilnehmern an Fortbildungsmaß-

nahmen für den Führungskräftenachwuchs waren 6 Frauen. Eigentlich sollte die Hälfte der Plätze mit Frauen belegt werden. Als Grund für die Misere nennt der Bericht die fehlende Bereitschaft von Fachbereichen und Führungskräften, Verantwortung für Frauenförderung zu übernehmen. Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert deshalb konkrete Aufträge des Rates an die Verwaltung. Die SPD-Mehrheit beklagte zwar die Ergebnisse des Berichts, ließ sich darauf aber bisher nicht ein.

KREIS-SPONSOREN:

Goslar/Harz. Mit „Werbung auf Dienstwagen“ will der Landkreis Goslar die Haushaltskasse auffüllen. Zukünftig sollen Sponsoren den größten Teil des öffentlichen Fuhrparks finanzieren, indem sie mit ihren Firmenschriftzügen und Emblemen die Kreisfahrzeuge bedecken.

AUSLÄNDERBEIRAT RESIGNIERT:

Uetersen. Der Ausländerbeirat hat beschlossen, keine Neuwahlen am 22. März durchführen zu lassen. Damit endet die vierjährige Amtszeit des Beiratsvorsitzenden Alfred Jilek, der zusammenfaßt: „Wie soll man Probleme lösen, wenn keine an einen herangetragen werden?“. Er ist mit der geleisteten Arbeit unzufrieden. Kaum etwas sei auf den Weg gebracht worden. Nach einem „furiösen Start“ mit einem gut besuchten Kulturfest kam die erste Ernüchterung bereits bei den angebotenen Sprechstunden auf. Diese wurden kaum genutzt, und wenn, dann mußten die Ratsuchenden an die Diakonie im Rathaus verwiesen werden. Erst nach langer Zeit habe der Beirat überhaupt erfahren, daß er über städtische Mittel von 2000 DM (die später auf 1000 DM gekürzt wurden) verfügen könne. Mit 529 von etwa 1200 Wahlberechtigten hätten die türkischen Einwohner zwar die größte Gruppe gestellt, seien aber aufgrund der Wahlordnung mit nur drei Mitgliedern vertreten und hätten sich unterrepräsentiert gefühlt. Jilek empfiehlt der Stadt die Bildung einer Arbeitsgruppe oder einen Ausländerbeauftragten.

WOHNGELD:

Bonn. Das Wohngeld, das seit 1990 nicht mehr erhöht worden ist, wird inzwischen zu 80 Prozent für Sozialhilfeempfänger aufgewendet. Bundesbauminister Oswald (CSU) will eine Reform, die Bund und Länder jeweils 250 Mio. DM kosten würde. Dies hält der nordrhein-westfälische Bauminister Vesper (Die Grünen) für „einen Tropfen auf einen heißen Stein“, der schon durch die automatische Anhebung des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger aufgezehrt würde. Oswalds Vorgänger Töpfer habe bereits vor Jahren das notwendige Volumen für eine strukturelle Reform auf 1,8 Milliarden Mark beziffert.

Zusammenstellung: ulj/baf

EINZELHANDEL NRW: 0,99 DM:

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat am 20. 3.98 die diesjährige Forderung für die Lohn- und Gehaltstarifrunde beschlossen: 0,99 DM Erhöhung pro Stunde. Die Tarifkommission kam damit den Gebräuchen bei der Preisgestaltung im Einzelhandel entgegen. Zuvor hatte die Fachgruppe Einzelhandel Köln eine Mark als Forderung vorgeschlagen. Die Auszubildenden in der HBV fordern 50 DM pro Monat mehr. Der erste Verhandlungstermin ist am 27. 4.1998. *anl*

JUGENDAMT PRIVAT: Aus Protest gegen die Absichten des Frankfurter Sozialdezernenten Vandreihe, Teile des Jugendamtes in einen Eigenbetrieb umzuwandeln, traten am 10.3. die Vertreter des Personalrats aus dem paritätisch besetzten Lenkungsausschuß zurück, der in den letzten Jahren die Diskussion über die Reform der Sozialverwaltung strukturiert und betreut hatte. Auch der Gesamtpersonalrat kritisierte den Vorgang und befürchtet, daß es sich um die „Durchgangsstation“ auf dem Weg zur Übergabe an Wohlfahrtsverbände handelt.

BETRIEBSRATSWAHLEN BEI BAYER, LEVERKUSEN:

1994 waren 30 259 Beschäftigte stimmberechtigt. 1998 waren nur noch 25 198 Beschäftigte stimmberechtigt. Dies zeigt den gewaltigen Stellenabbau im Werk binnen vier Jahre. 1994 betrug die Wahlbeteiligung 60,9%, 1998 betrug sie 61,3%. 1. Die Gruppe „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ (Die Durchschaubaren) hat in den letzten Monaten sehr stark die von der Betriebsratsmehrheit (IG Bergbau Chemie Energie) mit dem Vorstand getroffene Standortvereinbarung kritisiert. Es wäre zu erwarten gewesen, daß sich diese Kritik in Stimmen auszahlt. Dies ist zumindest nicht im erwarteten Umfang eingetreten. Ein Zuwachs von 1,4 Prozent der Stimmen entspricht nicht dem erhofften Ergebnis der Gruppe. 2. Die DAG hat einen deutlichen Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen (+ 3,2%). Auch sie hat sich kritisch zu dieser Verein-

barung geäußert und erst kürzlich nochmals deutlich gemacht, daß nachverhandelt werden müsse. 3. Die IG BCE hat einen leichten Dämpfer erhalten. Der Stimmenverlust (-3,4%) ist dennoch schwächer als sich erwarten ließ.

Beachtet man, daß sich in den letzten vier Jahren sicherlich die Zusammensetzung der Beschäftigten im Werk in Richtung Verjüngung verändert hat und heute mehr unerfahrene Kolleginnen und Kollegen im Werk tätig sind, als dies noch vor vier Jahren der Fall war, so zeigt sich, daß die kritische Tätigkeit der Durchschaubaren gewisse Früchte getragen hat. Dennoch hat die IG BCE nach wie vor für ihren Kurs eine satte Mehrheit erhalten. Daher ist zu befürchten: Die Standortdebatte hat gegriffen.

LB Köln

ERFOLG BEI BURDA: Mit großer Spannung wurde seitens der IG Medien der Ausgang der Wahlen bei der Firma Burda in Offenburg erwartet, zumal nach den Auseinandersetzungen zwischen der zuständigen Gewerkschaft und dem alten Burda-Betriebsrat über das bundesweit Aufsehen erregende Burdamodell genug Konfliktstoff vorhanden war. (Die IG Medien hatte nach dem Abschluß der tarifwidrigen Betriebsvereinbarungen und mehreren Angriffen gegen die Gewerkschaft den BR-Vorsitzenden H. Kaufmann aus der IG Medien ausgeschlossen, worauf 5-6 organisierte BR-Kollegen/innen aus der Gewerkschaft austraten.) Die Mehrheit der nun nicht mehr organisierten „alten“ Betriebsräte kandidierte erneut (für das Burdamodell). Dem stellte sich auf einer Liste 14 Kandidaten der IG Medien zur Wahl, von denen sich immerhin zehn gerichtlich gegen die Vereinbarung gewehrt hatten! Trotzdem waren die Aussichten bei einem Verhältnis von 14:27 (41 Kandidaten/innen) und einem Organisationsgrad von knapp 20% bei Burda nicht hervorragend. Die Befürworter des Modells hatten zusammen mit der Geschäftsleitung bis zuletzt mit persönlichen Diffamierungen auf Betriebsversammlungen oder in hausinternen Schriften versucht, „die Belegschaft einzustimmen“! Dennoch ist es gelungen, fünf IG Medien-Mit-

glieder in das neue Gremium zu bringen. Desweiteren haben vier bisher nicht aktive Mitarbeiter/innen den Einzug geschafft, deren zukünftige Haltung im BR noch unklar ist. Von ehemals 14 des damalig 19-köpfigen BR, die für das Burdamodell gestimmt hatten, erreichten folglich nur sechs eine ausreichende Stimmenzahl. Inzwischen hat die konstituierende Sitzung des Burda-Betriebsrates erste offene Wunden geschlagen: Die IG-Medien-Fraktion hat sich eine von drei Freistellungen gesichert, wovon u.a. der von der GL gewünschte und nun nicht berücksichtigte BR-Vorsitzende betroffen ist – der ehemalige Kollege darf nun wieder seinem ursprünglichen Beruf nachgehen ...! Bei der Besetzung von wichtigen Ausschüssen ist es sogar gelungen, bisher namhafte Vertreter der Burdalinie aus den Gremien zu wählen. Fazit: Eine kräftige Ohrfeige für den alten Betriebsrat und eine schallende Ohrfeige für die Konzernspitze um Herrn Todenhöfer. Für die IG Medien ein wichtiger Schritt nach vorne; in vier Jahren soll die Mehrheit erobert werden.

10 000 DM GELDSTRAFE:

Schadenfreude ist zwar kein Gefühl, dessen sich ein wohl-erzogener Mensch rühmen sollte, aber immer noch die reinste Freude: 10 000 DM muß der Verlag M. DuMont Schauberg an die beiden Kölner Autoren Werner Rügemer und Erasmus Schöfer zahlen, wie die IG Medien und der ihr angehörende Verband deutscher Schriftsteller mitteilt. Der Verlag hatte einen Text durch 82 Eingriffe verändert und ihm dadurch die Schärfe genommen. Wir freuen uns mit den beiden Autoren über das, noch nicht rechtskräftige, Urteil – auch wenn es für den Medienkonzern aus der Portokasse bezahlbar ist. Aber die Schadenfreude... *tri*

VOLLER LOHN FÜR BESCHÄFTIGTE NACH § 249 H/242 S AFG:

Das Bundesarbeitsgericht hat nunmehr grundsätzlich entschieden, daß Beschäftigte nach § 249 h bzw. § 242 s AFG (Lohnkostenzuschüsse oder Maßnahmen der produktiven Arbeitsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz) Anspruch



Aktionstag der Schweinfurter Arbeitsloseninitiative anlässlich der Bekanntgabe der aktuellen Arbeitslosenzahlen am 7.4.98 auf dem Postplatz in Schweinfurt. Auch in vielen anderen Städten fanden numehr zum dritten Mal Aktionen statt, meist mit hundert bis zweihundert Beteiligten.

auf den vollen Tariflohn haben, wenn der Arbeitgeber tarifgebunden ist (A.Z. 5AZR 78/97).

Das AFG sieht die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen unter der Bedingung vor, daß der Arbeitgeber 90% (inzwischen sogar nur 80%) des Tariflohns bezahlt. Dies ist staatlich angeordnetes Tarifdumping. 1996 hatten die öffentlichen Arbeitgeber versucht, Ausnahmeregelungen für den sog. 2. Arbeitsmarkt (wie z.B. für ABM-Beschäftigte möglich) im Tarifvertrag auszuweiten. Dies hat die ÖTV abwehren können. Trotz Tarifgebundenheit hat in Berlin die Senatsverwaltung für Arbeit, zuständig für alle LKZ-Maßnahmen in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, es abgelehnt, den betroffenen Beschäftigten vollen Tariflohn zu zahlen. Damit hat sie Tarifbruch begangen, gegen den die ÖTV mithilfe von Betroffenen klagte. Nach Erfolgen der Gewerkschaft in den ersten zwei Instanzen ging die Senatsverwaltung in Revision und erlitt nun höchstrichterlich vor dem BAG eine Niederlage, die teuer kommt. Dieses Urteil gilt für alle Dienststellen in der Bundesrepublik; es gilt aber nicht für Beschäftigungsverhältnisse bei freien Trägern, da für diese keine Tarifbindung existiert.

Zusammenstellung: alk, har

IG Metall befürchtet Sondertarifgebiet Ost

Die Gespräche der IG Metall mit den Arbeitgeberverbänden in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen über die Zukunft des Flächentarifvertrages stagnieren. Über die Einrichtung von „technischen Kommissionen“ hinaus ist man bislang zu keinen greifbaren Ergebnissen gekommen. Dennoch sind in jüngster Zeit einige Vorentscheidungen gefallen.

1. Zunächst hat die IG Metall im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Altersteilzeit mit den Arbeitgeberverbänden die Verlängerung der Laufzeit der Manteltarifverträge im Westen bis ins Jahr 2000 vereinbart. Damit ist Zwickels Vorstoß in Richtung 32-Stundenwoche vom Tisch. Die Tarifabteilung beim Vorstand der noch größten Einzelgewerkschaft der Welt traut sich angesichts der Stimmung bei den Mitgliedern vorerst keine weitere Kampagne für Arbeitszeitverkürzungen zu. Die Mitglieder wünschen andere Schwerpunkte.

2. Mit den Tarifabschlüssen über sogenannte Ergänzungstarifverträge bei Debis und bei Siemens hat die IG Metall erkennen lassen, welche Abschläge sie bereit ist hinzunehmen, wenn die Arbeitgeber das „System Flächentarifverträge“ aufrechterhalten. Insbesondere der Debis-Vertrag läßt weitgehende Abweichungen bei der Arbeitszeit zu.

Nunmehr beginnen auch in den anderen Tarifbezirken Gespräche der Tarifparteien auf regionaler Ebene. Die größten Probleme stellen sich der IG Metall dabei in Ostdeutschland. Hier sieht sie sich einer besonders prekären Situation ausgesetzt. Ohnehin sind nur 30 Prozent der Betriebe bzw. 45 Prozent der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie tarifgebunden. Den Arbeitgebern jedoch ist dies offensichtlich noch zuviel. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gründeten sie den Arbeitgeberverband „OST-METALL“ neben den bereits bestehenden Verbänden. Die Vorstände sind zum großen Teil personalidentisch mit den Vorständen jener Verbände, die mit der IG Metall Tarifverträge abgeschlossen haben. Diese Strategie erlaubt es den Kapitalisten, doppelgleisig zu operieren. So sind von dem neuen Verband Gespräche mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund aufgenommen worden. Obwohl dieser „Bund“ kaum Mitglieder hat, werden mit ihm Gespräche seitens des neuen OST-METALL-Verbandes über Tarifinhalte geführt. Offenbar setzen die Arbeitgeber auf eine Durchlöcherung des Flächentarifvertrages. Absprachen mit den christlichen Gewerkschaften sollen den Flächentarifvertrag dann mehr oder weniger ersetzen.

Die Offerte der IG Metall mit der Mög-

lichkeit der „Ergänzungstarife“ nach dem Muster Debis oder Siemens ist den Arbeitgebern in Ostdeutschland offenbar zu wenig. Sie wollen mehr. Vor allem wollen sie die noch gültige 38-Stundenwoche in Ostdeutschland aufrecht erhalten. Ende des Jahres läuft der Manteltarif im Osten aus. Dann geht es um die Angleichung.

Aus Sicht der IG Metall entscheidet die kommende Tarifbewegung über die weitere Existenz des Flächentarifvertrages in Ostdeutschland. Falls es nicht gelingt, die Angleichung Ost- mit Westdeutschland hinsichtlich vor allem der Wochenarbeitszeit und noch weiterer Bestimmungen zustande zu bringen, wird es womöglich auf Dauer zu „Sondertarifgebieten“ im Osten kommen. Hasso Düvel, für Berlin, Brandenburg und Sachsen zuständiger Bezirkssekretär hat mehrfach betont, daß das die letzte Chance zu Verhinderung von einer dauernden Abkoppelung des Osten ist und das deshalb der Arbeitskampf vorbereitet wird.

Die Ergebnisse der Gespräche mit dem Arbeitgeberverband will die IG Metall zudem im Wahljahr nutzen, um in der Öffentlichkeit darzulegen, welche Folgen eintreten, wenn den Kapitalisten die dauernde Abkoppelung des Osten von den Tarifbedingungen im Westen gelingen sollte.

brr

Siemens: Aushebeln von Tarifverträgen

Konzernweite Lohnsenkungsprogramme

Der Versuch, die Einkommen von 30000 Beschäftigten der Siemens AG – das sind fast 15 Prozent der in der BRD bei Siemens Beschäftigten – durch Ausgliederung der „Technischen Dienste“ und Hineinzwängen in den Tarif des bayerischen Elektrohandwerks drastisch zu senken, ist vorerst abgeblockt worden.

In Karlsruhe wären mehr als 200 Kollegen in der Bannwaldallee und 600 im Knielinger Werk von den Plänen der Siemens-Zentrale betroffen, die Bereiche „Technische Dienstleistungen“ in einer Siemens-eigenen GmbH zusammenzufassen, mit Einkommensverlusten von 20 Prozent. Außerdem beträgt die tarifliche Arbeitszeit im bayerischen Elektrohandwerk nicht 35, sondern 37 Stunden. Die Lohnfortzahlung bei Krankheit und Kuren wäre ebenso dahin wie der Tarifvertrag zur Altersteilzeit. Zudem hätte die konzernweit geltende Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen für Siemens-Beschäftigte nach den Vorstellungen der Konzernzentrale am Wittelsba-



cher Platz in der GmbH nicht Inhalt des Tarifvertrags werden sollen. Die Beschäftigten der „technischen Dienste“ haben mit Protest- und Streikaktionen (siehe Bild von der Kundgebung vor dem Karlsruher Werk) gegen die Pläne aus den Konzernetagen demonstriert.

Anfang März machte der Vorstand nach heftigen Protesten der Beschäftigten den Vorschlag, die Verhandlungen

zunächst auf die Bereiche Gebäudetechnik, Gebäudemanagement und auf Teile der Montageeinheiten im Kommunikationsbereich zu konzentrieren mit rund 6000 Beschäftigten. Anfang April sind für diesen Bereich erste Ergebnisse festgeschrieben worden:

Statt der geforderten Tarifeinstufung ins Elektrohandwerk gilt für die ausgliedernden Bereiche der Industrieta-

rif der bayerischen Metall- und Elektroindustrie. Künftige Tarifierhöhungen in diesem Bereich treten erst mit einer sechsmonatigen Verzögerung in Kraft. Für alle, die in die GmbH übertreten, bleibt das bisherige Monatsentgelt erhalten, einschließlich Leistungszulage und Montagezuschlag des Bundesmontagetarifvertrags. Ab 1.10.1998 fallen das 13. Monatsgehalt und das zusätzliche Urlaubsgeld weg. Dafür wird im ersten Jahr ein Ausgleich von 100 Prozent, im zweiten Jahr von 50 Prozent gezahlt, ab 2000 sind diese tariflichen Bestandteile dann endgültig dahin. Stattdessen wird ab 1999 eine Jahressonderzahlung von 600 Mark und eine Leistungszulage von fünf Prozent des Monateinkommens gezahlt. Außerdem ist eine Mindest„gewinnbeteiligung“ von 300 Mark vereinbart.

Azubis erhalten weiter die Ausbildungsvergütungen der Metall- und Elektroindustrie, einschließlich eines Anteils des 13. Monateinkommens sowie zusätzliches Urlaubsgeld. Die Siemens AG verpflichtet sich, auch weiterhin 2600 Auszubildende einzustellen.

Es wurde eine Jahresarbeitszeit vereinbart: 1575 Stunden in Westdeutschland, 1672 Stunden in Ostdeutschland. Für Qualifizierung werden Beschäftigten im Westen pauschal 50 Stunden angerechnet, die Jahresarbeitszeit erhöht sich also entsprechend. Weiterhin gelten der Bundesmontagetarifvertrag (mit Ausnahme des Montagezuschlags), der Tarifvertrag für Auslösungssätze und Erschwerniszulagen, die Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, vermögenswirksamen Leistungen und Altersteilzeit.

Soweit die ersten Mitteilungen aus der IG Metall. Daraus wird auch ersichtlich, was die Siemens-Konzernetagen alles vom Hals haben wollen.

BRD-weit sind von Pierer und Kon-sorten dabei, ganze Geschäftszweige des Konzerns aus bestehenden Tarifbindungen zu brechen und die erkämpften gewerkschaftlichen Standards zu Makulatur zu machen. Bisherige Geschäftsfelder, die nach Auffassung des Konzernvorstands nicht zum „Kernkompetenz“geschäft gehören, sind zum „Outsourcen“, Ausgliedern vorgesehen. Bei diesen Umstrukturierungen werden dann massiv die tariflichen Standards von Einkommen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen angegriffen.

Bei der Sinitec, einer ausgegliederten „Service-Tochter“ der Siemens-Nixdorf AG, versuchen die Kapitalisten jetzt für die 1700 Beschäftigten durchzusetzen, daß die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt wird – aber nur 35 gezahlt werden. 30 Prozent des Einkommens sollen nur noch als „vom Erfolg abhängige Variable“ gezahlt werden und die Beschäftigten sollen jährlich einen „Eigenbetrag von 44 Stunden“, vorzugsweise abends und am Wochenende zur „Qualifizierung“ leisten.

Für die Teilefertigung in Karlsruhe

sind ähnliche Pläne kurz vor dem Abschluß. Nachdem der beabsichtigte Verkauf erstmal scheiterte (die Einkommensverluste für die Beschäftigten hätten teilweise für ein Einkommen auf dem Niveau von Arbeitslosengeld gesorgt), haben Betriebsrat und Werkleitung eine Fortführung der Produktion in einer Siemens-eigenen GmbH vereinbart mit folgenden Eckpunkten: die GmbH wird nicht dem Arbeitgeberverband angehören und der zur Zeit gültige Tarifvertrag mindestens zur Arbeitszeit beendigt: Statt 35 Stunden soll zukünftig 40 Stunden wöchentlich gearbeitet werden, zum selben Lohn und Gehalt. Übertarifliche Zulagen fallen ebenso weg wie die jährliche Sonderzahlung bzw. werden voraussichtlich – aber nur teilweise – durch ertragsabhängige Komponenten ersetzt. Die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld ist – vorerst – vom Tisch.

So verwandelt der Siemens-Konzern auf diese Weise ganze Geschäftsfelder in Zulieferbetriebe mit niederem Tarifstandard. In Summe sinken die Bruttoeinkommen der Beschäftigten erheblich, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung und Abfederung durch durchaus beträchtliche Abfindungs- und Übergangszahlungen, die umso höher sind je länger der Beschäftigte der Siemens AG angehört hat.

H.H.

Geringfügig Beschäftigte

Mittendrin und trotzdem draußen

Ende 1996 wurde die Kampagne „Mittendrin und trotzdem draußen“ von einem Trägerkreis aus Gewerkschaften, dem deutschen Frauenrat, und kirchlichen Frauenverbänden gestartet. In diesem Rahmen führte in Mannheim das Regionale Frauenbündnis gegen ungeschützte Beschäftigung am 2. April mit ca. 60 TeilnehmerInnen eine Veranstaltung durch. Als ReferentInnen waren der Arbeitsrechtler Prof. Joachim Auer von der Fachhochschule für Sozialwesen, Rupert Keindl vom Einzelhandelsverband Rhein-Neckar und Frau Schöntag, Gesamtbetriebsratsvorsitzende des Catering-Unternehmens EUREST (mit bundesweit 8 500 Beschäftigten, davon 400 in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen) anwesend.

Mehr als 5,6 Mio. Personen waren im Frühjahr 1997 geringfügig beschäftigt. Inzwischen sind fast 15% der gesamten Arbeitsverhältnisse „geringfügig“; 70% davon sind Frauen. Im Reinigungsgewerbe vertreten ist eine Vielzahl von ausländischer Frauen, die – jahrelang in solchen Arbeitsverhältnissen –, damit keinerlei eigene Rentenansprüche erwerben und im Alter in vollständiger Abhängigkeit von der Familie leben müssen.

Heute sind diese Jobs in einigen Branchen fast zur Regel geworden. Immer mehr reguläre Arbeitsverhältnisse wer-

den in „ungeschützte“ umgewandelt. Im Einzelhandel ist jeder zweite Teilzeitarbeitsplatz inzwischen ein „geringfügiges Beschäftigungsverhältnis“. Sie haben sich ausgedehnt auf Anwaltskanzleien, Arztpraxen und den Bürobereich – vor allem durch die Umwandlung von vorherigen Teilzeitarbeitsplätzen.

Geringfügig beschäftigt ist, wer regelmäßig weniger als 15 Stunden in der Woche arbeitet und nicht mehr als 620 DM pro Monat verdient. Oder wenn die Beschäftigung innerhalb eines Jahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist.

Es wird behauptet, daß diese sozialversicherungsfreien Jobs nur vorübergehend angenommen werden. Sie seien in den Betrieben unbedingt notwendig, um Saisonspitzen und Personalengpässe unbürokratisch zu überbrücken. Diverse Untersuchungen ergaben, daß mehr als die Hälfte der geringfügig beschäftigten Frauen länger als vier Jahre, fast 40% sogar über sieben Jahre in solchen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.

Der Mannheimer Großbäcker Kautsch z.B. beschäftigt in seinen Filialen grundsätzlich nur eine Filialleiterin, ansonsten nur geringfügig Beschäftigte. Er stellt die Frauen schlicht nicht anders ein.

Nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz dürfen teilzeitbeschäftigte ArbeitnehmerInnen – dazu gehören auch geringfügig Beschäftigte – nicht unterschiedlich im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten behandelt werden.

Deshalb – so erläuterte Prof. Auer – gelten für geringfügig Beschäftigte an sich alle tariflichen Regelungen, es sei denn, der jeweils anzuwendende Tarifvertrag sieht eine Sonderregelung vor. Ihre Arbeitsbedingungen unterliegen dem Schutz und der Mitbestimmung der Betriebsräte.

Im Krankheitsfall besteht bis zu einer Dauer von sechs Wochen ein Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Nach sechs Monaten Beschäftigungszeit unterliegen sie dem gesetzlichen Kündigungsschutz. Aber: dies gilt nur für Betriebe, die im Regelfall mehr als 10 ArbeitnehmerInnen beschäftigen. Wobei Teilzeitbeschäftigung nur anteilig zählt, so daß bis zu 40 Menschen in einem Betrieb arbeiten können, ohne daß sie unter den Kündigungsschutz fallen. Die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorschriften ist jedoch für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in der Praxis die absolute Ausnahme. In der Regel sind diese Menschen „ungeschützt“ in ihren Arbeitsverhältnissen.

Geringfügige Beschäftigung unterliegt nicht der Sozialversicherungspflicht, d.h. weder die betroffene Arbeitnehmerin – oder Arbeitnehmer – noch ArbeitgeberIn entrichten Beiträge zur Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Folge: keine eigenständigen Ansprüche auf Arbeitslosengeld, Krankengeld, Abstriche bei Rente und Leistungen aus der Pflegeversicherung. Rentenbeiträge auf geringfügige

Beschäftigungsverhältnisse beseitigen wirklich keine Altersarmut, doch es werden Anwartschaften begründet und die schon erworbenen erhalten. Durch die Ausgrenzung aus der Versicherungspflicht entstehen Lücken, die nie wieder gefüllt werden können. Jahrelange versicherungsfreie Tätigkeit kann zudem den Versicherungsschutz bei Erwerbsunfähigkeit kosten. In einem Zeitraum von fünf Jahren vor Eintritt einer Erwerbsunfähigkeit müssen mindestens drei Jahre lang Pflichtbeiträge entrichtet worden sein, sonst entfällt der Anspruch einer Rentenzahlung.

Lt. Prof. Auer bringen 40 Jahre sozialversicherte geringfügige Beschäftigung 350 DM Monatsrente nach bisherigem Rentenrecht. 40 Jahre ohne bringt nichts.

Dazu kommt: 13–15 Mrd. DM gehen jährlich den Sozialkassen durch diese versicherungsfreien Arbeitsverhältnisse verloren: ein Grund für die Aushebelung der sozialen Versicherungssysteme. Auf der anderen Seite werden die hohen Einkommen und Vermögen aus den Sozialkassen herausgehalten. Es gibt europaweit auch andere Versicherungsmodelle, die alle Beschäftigungsverhältnisse umfassen, z.B. in Dänemark und in der Schweiz.

Herr Keindl vom Einzelhandelsverband konnte funktionsgemäß nichts „ungeschütztes“ in diesen Arbeitsverhältnissen sehen. Solche Verträge würden ja nur auf Wunsch der ArbeitnehmerInnen abgeschlossen, ganz freiwillig, auf angemeldete Teilzeitbeschäftigung würde sich ja kaum jemand melden. Die Idee sei doch eigentlich, einen Zusatzverdienst neben einem Hauptarbeitsverhältnis anzubieten. Und dies diene doch nur dazu, Frequenzspitzen abzudecken. Wenn eine geringfügige Beschäftigung über 620 DM angemeldet ist, koste das den Arbeitgeber einschließlich Steuer und Sozialabgaben 751 DM. Und das sei angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Einzelhandels nicht machbar. 1992 hätte der Handel das letzte Mal Umsatzplus verzeichnet, 620 DM-Jobs böten die Möglichkeit, Kosten zu senken.

Ehegattensplitting im Steuerrecht begünstigt diese Arbeitsverhältnisse, kritisierte die Mannheimer Frauenbeauftragte Ilse Thomas. Oft seien es in der Tat die Männer, die ihren Ehefrauen zu dieser Art von „Zuverdienst“ zureden, fürs Taschengeld, fürs neue Auto. Es gehe ihr nicht um generelle Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, sondern darum, daß sie regulär versichert werden.

Darin war sich die Versammlung auch einig. Es müssen verstärkt Möglichkeiten von den „Nutzern“ solcher Arbeitsverhältnisse gefunden werden, um den Beteiligten etwas mehr gerecht zu werden. Zur Abfederung von Frequenzspitzen z.B. gäbe es die Möglichkeit von Dienstleistungszentren, die dort beschäftigte Arbeitskräfte nach Bedarf zur Verfügung stellen.

iro (Kommunal-Info Mannheim)

HBV fordert für Beschäftigte bei den Banken:

Keine Feiertagsarbeit für den Euro!

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Bezirksverwaltung Frankfurt informierte in einem Flugblatt über eine Gesetzesänderung mit weitreichenden Folgen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle im deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen, außer der PDS haben am 2.4.1998 im Rahmen der Gesetzgebung für die Einführung des Euro eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes für den bargeldlosen Zahlungsverkehr ab 1.1.99 beschlossen.

In letzter Minute haben die Vertreter von CDU/CSU und FDP über den Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales eine Ergänzung des bis dahin schon umfangreichen Euro-Einführungsgesetzespakets eingebracht. Danach wird der § 10 Arbeitszeitgesetz wie folgt geändert:

„Das Arbeitszeitgesetz vom 5. Juni 1994 (BGBL. S. 1170) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1996 (BGBL. I S. 1186), wird wie folgt geändert:

Nach § 10 Abs. 3 Arbeitszeitgesetz wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Sofern die Arbeiten nicht an Werktagen vorgenommen werden können, dürfen Arbeitnehmer zur Durchführung des Eil- und Großbetragszahlungsverkehrs und des Geld-, Devisen-, Wertpapier- und Derivatehandels abweichend von § 9 Abs. 1 an den auf einen Werktag fallenden Feiertagen beschäftigt werden, die nicht in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Feiertage sind.“

Uneinheitliche Feiertage sind in Europa alle Feiertage mit Ausnahme des 1. Weihnachtsfeiertags (25. Dezember) und des Neujahrstages (1. Januar).

An allen anderen Feiertagen sollen Bankangestellte also künftig arbeiten, wenn es nach dem Willen der Bankarbeitgeber geht. Bislang wurde kein Argument vorgetragen, das die gesellschaftliche Notwendigkeit der Feiertagsarbeit im Bankbereich belegt hätte.

Hintergrund ist die Einführung des europaweiten Zahlungsverkehrssystems TARGET ab 1.1.99.

Technische Notwendigkeiten für Feiertagsarbeit gibt es aber durch TARGET nicht. Das System ist darauf eingerichtet, nationale Feiertagsregelungen zu berücksichtigen.

Die deutschen Banken wollen sich aber kurzfristige Konkurrenzvorteile verschaffen und haben deshalb auf die Abschaffung der Feiertagsruhe gedrängt. Die anderen europäischen Länder werden gezwungen sein, nachzuziehen. So wird die europäische Währungsunion zum Sozialdumping benutzt.

Im übrigen gefährdet diese Maßnahme die Akzeptanz des Euro bei den

Bankangestellten.

Nicht nur HBV auch die Evangelische Kirche Deutschlands und das Kommissariat der Deutschen Bischöfe hatten bereits im Vorfeld gegen dieses Ansinnen der Bankenverbände Protest eingelegt.

Hatten CDU/CSU und FDP Angst vor öffentlicher Auseinandersetzung?

Die CDU/CSU und FDP-Fraktionen hatten offensichtlich Angst vor einer öffentlichen Auseinandersetzung und haben deshalb klammheimlich am 24. März, also nur eine Woche vor der Verabschiedung des Euro-Einführungsgesetzes die Ergänzung zum Arbeitszeitgesetz im Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales durchgezogen. Erst am 1. April nachmittags, einen Tag vor der 2. und 3. Lesung des Gesetzespakets im Bundestag hatten die Fraktionen das Werk mit insgesamt 60 Seiten weiteren Gesetzesänderungen auf dem Tisch. Dies ist kein Ruhmesblatt der parlamentarischen Demokratie, sondern ein parlamentarischer Skandal!

Die Auseinandersetzung um die Feiertage im Bankgewerbe geht weiter!

HBV wird die Rücknahme dieser Gesetzesänderung zu einem Prüfstein im kommenden Bundestagswahlkampf machen.

Fragen auch Sie Ihre Bundestagskandidaten nach deren Meinung!

HBV hat darüber hinaus mit den europäischen Gewerkschaften Kontakt aufgenommen, um sie über das ungeheuerliche Vorgehen der deutschen Banken zu informieren und gemeinsam für soziale Mindeststandards und insbesondere die Erhaltung der jeweiligen Feiertage zu kämpfen.

In der kommenden Tarifrunde werden die Arbeitgeber die Frage garantiert thematisieren. Sie werden versuchen, die Bankfeiertage am 24. Dezember und 31. Dezember weiter auszuhöhlen, sie werden versuchen, die Zuschläge für Feiertagsarbeit zu kürzen. Nur durch gemeinsamen Widerstand aller Bankangestellten kann diesem Treiben Einhalt geboten werden. Ohne ein Mindestmaß an Organisation kann dies aber nicht erfolgreich sein. Daher hier nochmals unsere herzliche Bitte: Nehmen Sie das Vorgehen der Bankarbeitgeber zum Anlaß, Kontakt zur Gewerkschaft aufzunehmen, am besten jedoch, ihr beizutreten! Lassen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen in den zunächst direkt betroffenen Bereichen nicht im Stich.

Keine Feiertagsarbeit für den Euro!

Aus der PDS-Diskussion

Eindrücke vom PDS-Parteitag

Was der Parteitag der PDS zu bedeuten hat, wird sich am 26. April klarer sagen lassen. Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wird anzeigen, ob die politische Strategie greift. Eine bemerkenswert klare Zusammenfassung dieser Strategie ist dem Wahlkampfleiter der PDS André Brie in seinem auf den folgenden Seiten dokumentierten Parteitagsvortrag gelungen. Das politische Ziel ist, durch öffentliche Kontrolle das Investitionsgebaren der Hochfinanz politisch diskutabel und damit auch beeinflussbar zu machen und gleichzeitig mit einer Vielzahl von Maßnahmen die Entwicklung eines dritten Wirtschaftssektors zu fördern. Das Privateigentum mit seinen Erfordernissen der Rendite soll nicht mehr das gesellschaftliche Monopol auf Organisation des Wirtschaftslebens haben. Die Wirtschaftstätigkeit von Genossenschaften, Verbänden, Vereinen, besonders auch der Kommunen soll bedarfsorientiertem Wirtschaften Chancen bieten.

Eine solche Konzeption lebt von der Zustimmung, die sie in der Bevölkerung vor allem der neuen Bundesländer findet. Kann die Partei ihren Einfluß in der Öffentlichkeit behaupten und ausbauen, und das werden die anhaltinischen Wahlen zeigen, ergibt sich eine neue politische Konstellation. Die Bevölkerung der neuen Bundesländer, der man den Zugang zu den Produktionsmitteln massenhaft versperrt, würde genau dies thematisiert und beantwortet haben. Angesichts der Desasters der Marktwirtschaft beansprucht

man das Recht – und die Mittel –, sich selbst zu helfen. Dies kommt namentlich in dem von Christa Luft vorgestellten „Rostocker Manifest“ zum Ausdruck. Ob die von der PDS vorgeschlagene politische Strategie greift, hängt davon ab, ob Menschen, die die Krise der Marktwirtschaft als Krise des eigenen Lebens erfahren, in großer Zahl, in gesellschaftlicher Dimension, solche Wege begehen wollen. Darüber werden die anstehenden Wahlen etwas sagen. Geht die Auskunft gut aus, wird eine breite gesellschaftliche Diskussion solcher spröden Themen wie „vergesellschaftetes Wirtschaften“, „kommunale und regionale Wirtschaftskreisläufe“ und ähnliches in Mode kommen, sozialistische Politik käme zu neuer Durchschlagskraft, wenn – erstmals in einem „modernen“ Industrieland –, die sozialistische Kritik am Gesamtkomplex der Lebensbedingungen verbunden werden könnte mit praktikablen Strategien des Überlebens im erklärten Gegensatz zu den grundlegenden Regularien Privateigentum, Rendite, Vermarktung. Hoffentlich kommt es dazu!

Das Wahlprogramm in seiner abschließenden Fassung ist bei Redaktionsschluß noch nicht erhältlich. Da eine Vielzahl von Änderungen teils mit, teils auch gegen das Votum der Antragskommission aufgenommen wurde, sind Irrtümer über den Ausgang möglich, eine Charakterisierung von Positionen, die im Verlauf des Parteitags klarer wurde, ist trotzdem möglich.

Zunächst: Die Parteitage der PDS haben ihr Stärke, wenn was entschieden werden kann. Das erarbeitete Material, die Plenardiskussion und die Vielzahl der am Rande möglichen Einzelgespräche bieten ziemlich solide Grundlagen für

Entscheidungen. Wenn diese reif und vorbereitet sind! Es muß klar gesagt werden, daß die Partei einen ziemlichen Aufwand an Fachkonferenzen usw. treibt, um ihre Entscheidungen vorzubereiten. Aber die Annahme solcher – fast immer mit äußerst aufwendigen Reisen verbundenen – Möglichkeiten läßt Wünsche offen. Dennoch war die Vorbereitung des Diskussions des Wahlprogrammes sorgfältig, und das gute Diskussionsergebnis besteht in einer Vielzahl von Klarstellungen. Die Hauptlosung „Für eine gerechte Republik“ wurde zu „Sozial und solidarisch – Für eine gerechte Republik ergänzt“ und hat damit eine unverwechselbar rote Farbe. Der Klarstellung dient es auch, wenn bei der Absage an den Waffenexport der Nato-Partner Türkei und der Krieg gegen die Kurden erwähnt wird, ebenso wenn explizit die Aufhebung des PKK-Verbotes gefordert wird. Solche Klarstellungen wurden an vielen Punkten erreicht. Das Wahlprogramm ist in seiner Stoßrichtung erhalten geblieben und konkreter geworden.

Größte Probleme treten auf dem Parteitag allerdings regelmäßig dann auf, wenn in der Diskussion einer Frage ein Fortschritt gemacht werden müßte, wie das in dem beinahe schon leidigen Gesamtkomplex von Arbeitszeitverkürzung (wieviel), Einkommensausgleich (für wen?), Verteidigung der Tarife (durch wen?) so bitter nötig wäre. Wenn nicht alles trügt, ist jetzt beschlossen, daß die PDS nicht für „20%“, sondern für „spürbare“ Arbeitszeitverkürzung ist, daß sie dafür aber den Einkommensausgleich nicht nur „für untere Lohngruppen“, sondern „voll“ fordert und daß die öffentliche Hand Aufträge nur an Firmen vergeben darf, die Tarif zahlen.

Dokumentiert:

André Brie auf dem PDS-Parteitag zum Entwurf des PDS-Wahlprogramms

Der folgend dokumentierte Vortrag von André Brie wurde aus Platzgründen um den Schlußteil gekürzt, in dem SPD und Bündnisgrünen kritisiert werden. Sie wiesen zwar Unterschiede zur Regierung auf, ihre Alternativen aber verblieben in weiten Teilen innerhalb des Neoliberalismus, seien sozial abgefedert oder ökologisch orientierter Neoliberalismus. Demgegenüber verteidigte die PDS die Gesellschaft gegen den Marktradikalismus; ohne sie würde es im Bundestag nur eine weitere Unterwerfung unter die neoliberalen Sachzwänge geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr verehrte Gäste, ein Wahlprogramm ist kein Parteiprogramm. Es soll möglichst vielen Menschen außerhalb der Partei in möglichst verständlicher Form sagen, mit welchen politischen Zielen die PDS in die Wahlen geht und um Zustimmung wirbt. Erfüllt es diesen Zweck nicht, erfüllt es überhaupt keinen Zweck.

Der euch jetzt vorliegende Entwurf dieses Programms hat einen mehr als einjährigen Entstehungsprozeß durchlaufen. Im Februar 1997 wurden alle Interessen- und Arbeitsgemeinschaften und PDS-Fraktionen schriftlich gebeten, ihre Vorstellungen zum Wahlprogramm einzureichen. Diese erste Phase begann ziemlich schleppend.

Die Arbeitsgruppe hat dann in einer

Vielzahl von Diskussionsrunden mit Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Bereiche mehrere einander ablösende Entwurfsvarianten ausgearbeitet. Schließlich hat der Parteivorstand nach einer vielstündigen Diskussion den Entwurf verabschiedet, der euch vorliegt. Er wurde vor fast vier Monaten veröffentlicht und umfangreich diskutiert. Es kann also ohne Übertreibung gesagt werden, daß der Entwurf zum Wahlprogramm der PDS in einem beispielhaft demokratischen Verfahren unter direkter Teilnahme Hunderter von Genossinnen und Genossen zustande kam.

Ich möchte euch auf ein Problem hinweisen, vor dem wir in der Diskussion stehen. Es ist verständlich, daß die Anträge zum großen Teil das Politikfeld be-

treffen, auf dem die Einreicher speziell tätig sind. Dennoch gibt es zu denken, wenn ökologisch aktive Genossinnen und Genossen fast ausschließlich zur Ökologie, nicht zu den sozialen Fragen, nicht zum Antirassismus, nicht zur Demokratie Stellung nehmen, Sozialpolitik ganz überwiegend zur Sozialpolitik, nicht zur Medienproblematik, nicht zu Fragen des Antimilitarismus. Ich könnte das fortsetzen. Fachwissen und die engagierte Vertretung spezieller Interessen haben die gesamte Arbeit wesentlich unterstützt. Ich meine aber, wir sollten auch und gerade bei der Arbeit am Wahlprogramm die Komplexität sozialistischer Programmatik nicht aus dem Auge verlieren. Jede und jeder von uns ist nicht in erster Linie Ökologe oder Medienpolitiker oder

Dokumente des Parteitags im Internet,
<http://www.pds-online.de/>: *Rostocker Manifest:*
Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik • Eröffnungsrede von *Hans Modrow*, Ehrenvorsitzender der PDS • Für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum

– für einen starken Osten in einer gerechten Republik, Rede des Parteivorsitzenden, Genossen *Lothar Bisky* • Für eine gerechte Republik – Das Wahlprogramm der PDS zu den Bundestagswahlen Rede des Wahlkampfleiters, Genossen *André Brie* • Vorstellung des Rostocker

Manifests, „Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik“ Prof. *Christa Luft*, MdB • Die PDS mit mehr als 5% der Stimmen in Fraktionsstärke in den 14. Deutschen Bundestag, Rede des Gruppenvorsitzenden der PDS im Bundestag, Genossen Gregor Gysi •

Was steckt in dieser Kontroverse? Erstens eine begriffliche Unklarheit in der Bestimmung des Arbeitslohnes. 20% Arbeitszeitverkürzung, ein Tag von fünf, ist bei „vollem Lohnausgleich“ nicht möglich, weil in einem solchen Fall auch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft sinken würden. Da es allerdings Fälle gibt, in denen die jetzt erzielten Lohneinkommen bereits die Reproduktionskosten nicht mehr decken, muß ein asymmetrischer Ausgleich gesucht werden. Wenn man aber unter Verweis auf die Situation im Einzelhandel die Sparquote, (manchmal könnte man sogar von Akkumulationsgeschwindigkeit reden) der gehobenen Facharbeiterschaft und des höheren Angestellten- und Beamtenhaushaltes verteidigt, wird es heikel. Nun herrscht dort auch nicht eitel Sonnenschein, aber die Probleme sind spezifisch, und die sozialpolitische Diskussion der PDS wird begrifflich klar kriegen müssen, was ein „niedriges“, was ein „mittleres“ und was ein „höheres“ Lohneinkommen ist. – Falls am Ende ein Beschluß herausgekommen sein sollte, der dem „vollen Ausgleich“ die wirksame Umverteilung von Arbeit opfert (denn das wäre wohl der Unterschied zwischen „20%“ und „spürbar“), wäre das sehr schade.

Noch ärgerlicher wäre es, wenn die PDS sich zur Problematik der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand lediglich mit der Bestimmung „Tarife zahlen“ verhalten würde. In dieser Kontro-

verse wird über die Ausnutzung der Arbeitslosigkeit für Extraprofite geredet, ein trauriges Phänomen. Leidenschaft kommt auf, wo durch solche Beschlüsse kleine Unternehmen, oft informell genossenschaftlichen Zuschnitts, von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Diese, die ganz gerne höhere Löhne zahlen würden (welche Genossenschaft würde das nicht?), können es nicht, weil die Kapitalausstattung schlecht, der Schuldendienst hoch, die Auftragslage schlecht und der Personalbestand deswegen überhöht ist. Wer ein wenig nachdenkt, kann leicht darauf kommen, daß öffentliche Aufträge in diese Sphäre zu einer realen Steigerung der Lohneinkommen und damit zu einer Entlastung bei der Verteidigung der Tarife führen müßte. – Vielleicht bringt es was, sich damit auseinanderzusetzen, was bei den „Selbständigen“ Ostdeutschlands eigentlich vorgeht. Gibt es Entwicklungen in Richtung Genossenschaft? In Richtung regionaler Wirtschaftskreisläufe? Ein weites Feld wird wohl die Beziehung zwischen dem „dritten Wirtschaftssektor“ und der Privatwirtschaft werden. Wo stehen hier die Gewerkschaften? Wie stehen sie? Warum sind die Löhne und Gehälter in selbstverwaltet oder genossenschaftlich wirtschaftenden Einrichtungen niedriger als in der „freien Wirtschaft“. Wie wirkt das auf das Lohnniveau? Spannende Fragen, wenn sie praktisch werden. maf

Kulturpolitiker, sondern wir alle sind in erster Linie Sozialistinnen und Sozialisten.

Ich betone an dieser Stelle: Wenn wir empfehlen, eine ganze Reihe von Anträgen nicht in das Wahlprogramm aufzunehmen, so heißt das nicht, daß sie von irgend jemandem für unwichtig gehalten würden. Ihre Inhalte können und sollen in vielfältiger Weise weiter bearbeitet werden – ob in Wahlmaterial, in Argumentationen, als Vorlagen für den Parteivorstand oder als Grundlage für weiterführende Diskussionen und die Arbeit der ersten PDS-Fraktion im Bundestag. Auch in der Begründung des PDS-Wahlprogramms kann ich nur wenige Fragen ansprechen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
„Eine Weltkarte“, meinte Oscar Wilde, „in der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keinen Blick, denn sie läßt die eine Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird. Und wenn die Menschheit da angelangt ist, hält sie Umschau nach einem besseren Land und richtet ihre Segel dahin. Der Fortschritt ist die Verwirklichung von Utopien.“

Soweit Oscar Wilde. Es lohnte sich für Sozialistinnen und Sozialisten, sich frei von Vorurteilen und Klischees mit diesem widerborstigen Denker und Künstler zu beschäftigen. Seine großen Warnungen jedenfalls erwiesen und erweisen sich wohl allesamt als berechtigt, nicht zuletzt jene vor einem autoritären Sozialismus, der – sinngemäß wiedergegeben – ärger sei als seine kapitalistische Alternative. („Wenn der Sozialismus autoritär wird, dann wird die letzte Stufe des Menschen ärger sein als die erste.“) Solche Einsicht ließ ihn nicht zum Antisozialisten werden, reichte aber hin, ihn mit weiten Teilen seines Denkens zur Unperson werden zu lassen in den autoritären sozialistischen Staaten.

Ich spreche zum Wahlprogramm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Das heißt erstens zum Programm einer Partei zu sprechen, die nicht aufhören kann und nicht aufhören darf, sich zu öffnen. Das politische und ideologische Reinheitsgebot der SED hat uns arm gemacht, und wir müssen aufpassen, daß wir den Reichtum linken, emanzipatorischen, sozialen, ökologischen, feministi-

Aus der Vorstellung des Rostocker Manifests durch Christa Luft

„Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik“

(...) Wir wollen nicht, daß die neuen Länder zu einer peripheren Region des rheinischen Zentrums mit verstetigter Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit für Frauen und junge Leute, vermindertem Eigentumsschutz, diskriminierenden Rentenregelungen, Einstellungsbarrieren und gesellschaftlicher Ohnmacht wird. Wir wollen nicht, daß der Osten in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis fast nur als Zielgebiet für aufwendige Transferleistungen vorkommt, als Klotz am Bein bei der noch strammen Erfüllung der Euro-Kriterien, als Region nachholender Modernisierung, als Testfeld für Sozialabbau, für das Aushöhlen von Tarifverträgen, für überhöhte Abgaben, unproduktive Privatisierung und Abwicklung von Wissenschaft.

Wir wollen, daß der Osten endlich als Chance begriffen wird. Und das ist kein Regionalegoismus, sondern ein dauerhafter Nutzen für das ganze Land. Wenn der Osten nicht auf eigene Füße kommt, wird der Westen wegen anhaltend notwendiger Transferleistungen Atemnot kriegen. Die deutsche Einheit kann nicht als vollendet betrachtet werden, wenn der Osten eine Fast-Kopie des Westens geworden ist. Dann würden auch viele Auslaufmodelle kopiert.

Hier muß in den laufenden Umbruchprozessen etwas Neues, Zukunftsfähiges entstehen, das auch für die alten Länder Impulse geben kann.

(...)

Von Jahr zu Jahr ist deutlicher geworden, daß die Schwierigkeiten des Ostens nur die zugespitzten Probleme des Westens sind. Wenn wir die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors fordern oder bezahlbaren ÖPNV, die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen oder die Aufnahme eines Rechts auf Erstausbildung im Grundgesetz, um nur Beispiele zu nennen, dann sind das Antworten, die auch für die Situation in den alten Ländern anstehen.

(...)

schen Denkens, aber auch den Realismus bei anderen um uns herum bemerken und erschließen.

Auch wenn unsere Kritik an SPD und Grünen zu Recht hart ausfallen wird, da sie vor dem neoliberalen und machtpolitisch orientierten Mainstream zurückweichen, sollte die PDS die einzige Partei sein, die in ihrem Wahlprogramm, so ist es der Vorschlag des Parteivorstandes, auch eigene Nachdenklichkeit, Dialogbereitschaft und Achtung anderen politischen Kräften gegenüber ebenso ausdrückt wie die Differenzen.

Rund zwei Jahrzehnte war die politische Kultur in der Bundesrepublik von der gesellschaftlichen Blockade durch den Neoliberalismus gekennzeichnet. Konservative und markliberale politisch-geistige Hegemonie lag wie Mehltau auch auf dem intellektuellen politischen Leben. Die politischen Kräfte jenseits der CDU/CSU erwiesen sich zudem als unfähig, offensiv auf den Zusammenbruch der DDR und des gesamten osteuropäischen Realsozialismus zu antworten.

Meiner Meinung nach hat aber endlich ein Prozeß zur Überwindung dieser Lähmung und der konservativen geistigen Vorherrschaft begonnen.

Die breite Debatte um eine zukunftsfähige bzw. nachhaltige Wirtschaftsalternative, erneuerte gewerkschaftliche Alternativen, die Erfurter Erklärung und das Wort der beiden großen Kirchen „zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ sind besonders wichtige Zeichen eines geistigen und politischen Aufbruches. In diese reale gesellschaftliche Diskussion und nicht in die Sterilität eines linken Elfenbeinturms muß sich unser Wahlprogramm einordnen. Auch wir sind Suchende und haben keine Patentrezepte.

Diese zentralen, in Gang kommenden Debatten müssen von uns aufgegriffen und dürfen, um Gottes Willen, von uns nicht ignoriert werden. Ohne unser linkes, sozialistisches Profil aufzugeben, im Gegenteil, sind wir aufgefordert, zum politischen Konsens in diesen Existenzfragen beizutragen. Ich sage das mit solchem Nachdruck, weil ich werben will, nicht jenen Anträgen zu folgen, die solche Momente aus dem Entwurf entfernen wollen.

Ich spreche zweitens zu einem Wahlprogramm einer Partei, die allen schwierigen Realismus und erforderlichen Pragmatismus aufbringen wird, aber nicht zuletzt dieses Realismus wegen keinen Grund sieht, Gesellschaftskritik zurückzunehmen und gesellschaftliche Alternativen in das Archiv der Philosophiegeschichte zu verbannen. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Der Gedanke, er sei es, ist das Ende des politischen Denkens.

Oscar Wildes Begriff von Fortschritt als Verwirklichung von Utopien weist darauf hin, in welcher verstockten Zeit wir leben. Siege im internationalen Verdrän-

gungswettbewerb, technische Innovationen, die Durchsetzung von Sozialkürzungen, Kommerzialisierung immer neuer Bereiche menschlichen Lebens – so und ähnlich sieht das aus, was die Unternehmerverbände und die Bundesregierung heutzutage als Fortschritt und Zukunft propagieren.

Der große linke Begriff der Reform – ich erinnere aber auch daran, wie verdächtig er der SED war – ist in den vergangenen Jahren zu jenem Stereotyp heruntergekommen, in das CDU/CSU und F.D.P. ihre unsozialen Grausamkeiten kleiden. „Reform“ wird im Fremdwörterbuch als „Verbesserung“ übersetzt. Seit Kohl regiert, kann von wirklichen Reformen, also von Verbesserungen, weit und breit nicht die Rede sein.

Die Politik in diesem Land ist durch nichts mehr gekennzeichnet als durch ein empörendes Ausmaß sozialer Ungerechtigkeit. Am Ende dieses Jahrhunderts muß es nun endlich gelingen, die Auseinandersetzung um eine gerechte Republik zu eröffnen und zu führen. Natürlich werden wir überall dort sein müssen, wo soziale und politische Errungenschaften aus den vergangenen Jahrzehnten verteidigt werden. Aber mit der Verteidigung des rheinischen gegen den amerikanischen Kapitalismus, mit der sich Joschka Fischer begnügen will, werden die offensichtlich von ihm gemeinten Sozialstaats Elemente gegen den ungebändigten globalen Kapitalismus nicht bewahrt und schon gar nicht die sozialen Fragen der Gegenwart und Zukunft gelöst werden können.

Ich spreche drittens zu einem Wahlprogramm, das als einziges in Deutschland von gesellschaftlicher Zuversicht gekennzeichnet ist, obwohl es die Dramatik der Krisen klar benennt. Wenn die Regierungsparteien, und nicht selten auch die SPD und die Grünen, den historischen Pessimismus verbreiten, es gebe keine politischen Alternativen zur Privatisierung und zur expansiven Vermarktung der Gesellschaft, was ja nicht mehr und nicht weniger als die Zerstörung von Gesellschaft und Gesellschaftlichkeit bedeutet, dann ist die PDS eben auch die einzige gesellschaftspolitisch optimistische Partei.

Sozialistische Politik und differenzierte antikapitalistische Positionen, die beispielsweise Unternehmerisches und Markt nicht mit Kapitalismus gleichsetzen, sind hochaktuell. Die Frage nach moderner, zivilgesellschaftlicher und demokratischer Vergesellschaftung von Macht und Eigentum muß wieder hörbar werden. Wer an sie nicht heran will, das zeigt sich längst in großer Schärfe, wird weder die Massenarbeitslosigkeit substantiell verringern, noch einen sozial-ökologischen Umbau erreichen können.

Wir haben in der Überarbeitung des Programmentwurfs den sozialistischen Charakter der PDS noch einmal ausdrücklich formuliert. Das liegt Euch als Änderungsvorschlag der Redaktions-

gruppe vor. Der Entwurf ist aber vor allem in seinen konkreten Forderungen stärker als jedes bisherige Wahlprogramm der PDS von Positionen gekennzeichnet, die sozialistischen und gleichermaßen aktuell praktikablen Charakter haben.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten fordert eine Bundestagspartei in ihrem Wahlprogramm wieder die öffentliche Kontrolle der Großbanken. Und wir tun dies nicht, weil wir uns nostalgisch vergangener linker Programme erinnern, sondern weil die entfesselten spekulativen Finanzmärkte zur Hauptbedrohung vernünftiger Wirtschaftsentwicklung geworden sind, weil die meisten der deutschen Großbanken sich offensichtlich als kriminelle Vereinigungen zur Steuerhinterziehung betätigen und weil ihre weiter gewachsene Macht nicht mehr der Wirtschaftsregulierung, sondern der Wirtschaftsverhinderung dient.

Wenn ein und dieselbe Bank im Aufsichtsrat des einen Konzerns (Krupp) die feindliche Übernahme des anderen betreibt, in dessen Aufsichtsrat sie ebenfalls sitzt (Thyssen), so ergibt sich unsere Forderung zwangsläufig, daß Banken nicht in die Aufsichtsräte von Industriekonzerne, sondern selbst unter öffentliche Aufsicht gehören.

In Ostasien haben die Spekulationen, an denen deutsche Banken und andere Anleger führend beteiligt waren, katastrophale soziale Folgen verursacht. Nachdem die Gewinne der letzten Jahre aus den Ostasiengeschäften natürlich privatisiert worden waren, sollen die Verluste nunmehr in altbekannter Weise sozialisiert werden. Übrigens über Rückstellungen, Steuerausfälle und öffentliche Bürgschaften auch in der Bundesrepublik Deutschland. Da weiß man wenigstens, wo die Einnahmen aus der christ- und sozialdemokratischen Mehrwertsteuererhöhung landen werden.

Der Entwurf unseres Wahlprogramms ist auch in anderen Teilen ohne verbales Getöse von Positionen geprägt, die den sozialistischen Charakter der PDS auf aktuelle Weise deutlich machen. Das betrifft insbesondere unsere konkreten Alternativen gegen die weitere Vermarktung von Wohnen, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Information.

Hervorheben möchte ich aber nicht nur in diesem Zusammenhang die Vorstellungen der PDS zur Schaffung eines dritten Wirtschaftssektors, den wir in unserer unnachahmlichen PDS-Sprache als öffentlich geförderten Beschäftigungssektor bezeichnen. Seine Grundzüge sind im Schweriner Parteitagbeschuß zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und in einem Konzept der Bundestagsgruppe weitaus genauer dargestellt worden, als wir das in der ohnehin schon angezweiferten Kürze des Wahlprogramms konnten.

Dieser dritte Wirtschaftssektor, neben der Privatwirtschaft und dem staatlichen Bereich, ist kein erweitertes ABM-Pro-

gramm, sondern ein komplexes wirtschaftliches und gesellschaftliches Vorhaben, mit dem zum einen dauerhafte, existenzsichernde Arbeitsplätze entstehen, zum anderen ökologische, soziale und kulturelle Dienstleistungen gesichert werden sollen, die für die Reproduktion der Gesellschaft unerlässlich sind. Gegenwärtig hinterlassen wir den künftigen Generationen jährlich ökologische Schäden von mindestens 200 Milliarden DM und quantitativ nur schwer meßbare soziale und kulturelle Zerstörungen.

Solche Politik, das wissen wir, kostet die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und gegenwärtig bereits die Zukunftschancen junger Menschen. Dementsprechend haben wir den Bildungs-, Ausbildungs- und Freizeitmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, ihrer sozialen Situation, ihren gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Hochschulpolitik besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Konzept eines dritten Wirtschaftssektors, um zu diesem Thema zurückzukehren, ist eine Antwort auf die Frage nach einer neuen Art von Vollbeschäftigung, aber auch auf die gesellschaftlichen Reproduktionsdefizite, die durch die Reduzierung auf Profit und Kapitalverwertung hervorgerufen werden. Genossenschaftliche und kommunale Betriebe, soziale, ökologische, kulturelle und feministische Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfeprojekte können und sollen unserer Auffassung nach Träger einer Struktur gemeinnütziger Projekte in diesem Wirtschaftssektor werden. Ich will hier nicht theoretisieren, aber ich denke, daß die PDS mit solchen Vorstellungen auch dabei ist, Ideen gemeinschaftlicher Arbeit und vergesellschafteten Eigentums zukunftsfähig zu erneuern.

Solche Fragen sind für uns kein Selbstzweck. Wir wollen klare und heute realisierbare Antworten geben zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, für Verteilungsgerechtigkeit, für einen ökologischen Umbau ohne soziale Gleichgültigkeit, für die Demokratisierung der Demokratie und für eine Kulturentwicklung, die Alternativen gegen die gesellschaftliche Zersplitterung und Ausgrenzung bietet.

Wenn in Ostdeutschland mehr als sechzig Prozent der Befragten die nationalistische, rechte Losung „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ „sehr gut“, „gut“ oder „eher gut“ finden, dann ist das in vielfacher Hinsicht ein Alarmsignal. Und daß es von den Herrschenden überhört oder mit einer Propaganda beantwortet wird, die sich der Ausländerfeindlichkeit bedient, gehört zum Unverantwortlichsten der CDU/CSU-Politik. Wir bleiben im Wahlprogramm, auch wenn es oft nicht populär ist, bei unserem Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit und nationalistische Abschottung. Keinen Zentimeter dürfen wir

preisgeben. Das bestehende gesellschaftliche Klima der Entsolidarisierung und Fremdenfeindlichkeit, so steht es in unserem Entwurf, begünstigt Rechtsextremismus, Rassismus und das Aufleben von Antisemitismus.

Es ist die politische Linie der PDS, nicht nur zu fordern, „Nazis raus!“, sondern „Nazis raus aus den Köpfen!“ Wir stellen damit die Frage nach der individuellen Verantwortung genauso wie die nach der Verantwortung von Gesellschaft und Politik. Wer dem Fremdenhaß und der Verrohung der Rechten folgt, wird in der PDS und ihren Mitgliedern einen Gegner haben. Wir weisen aber auch darauf hin, daß offizielle Arbeitslosenzahlen von 30 und reale von 50 Prozent, Ungleichberechtigung und Demütigung der Ostdeutschen sowie die Arroganz, mit der die Chancen eigenständiger Kulturentwicklung in Ostdeutschland zerstört werden sollen, der bedrohliche Boden von Desorientierung und Zukunftsangst sind, auf dem braunes Denken und Nichtdenken gedeihen.

Solidarität und Gleichberechtigung sind nicht selektiv zu haben. Es gibt sie für alle oder gar nicht. Wer die anhaltende Diskriminierung der Ostdeutschen nicht populistisch und klientelistisch, sondern grundsätzlich überwinden will, der darf sich nicht damit abfinden, daß in der Bundesrepublik Deutschland Millionen Menschen ohne deutschen Paß und andere Bevölkerungsgruppen diskriminiert werden. Wir setzen uns daher für ein umfassendes Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz ein.

Zugleich nehmen wir die Menschen in ihren sozialen Sorgen ernst. In einem Land, in dem von der Arbeitsmarktpolitik der Regierung nur festgestellt werden kann, Politik wie Flasche leer, ist der Kampf um Verfassungsrechte auf Ausbildung und Arbeit auch Bestandteil des Kampfes gegen Neonazismus und Rassismus.

Anders als in früheren Jahren haben wir uns bemüht, ein Programm zu formulieren, das von den Zusammenhängen zwischen den einzelnen Politikbereichen gekennzeichnet ist. Wenn ich dennoch an dieser Stelle besonders charakteristische Positionen der PDS hervorheben darf, dann wären es die folgenden.

Die PDS hat das modernste Konzept für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, weil sie aktive und ökologisch orientierte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik mit realistischen und weitreichenden Vorstellungen zur gerechten Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit und zur Schaffung eines neuen, des bereits erwähnten dritten Wirtschaftssektors verbindet.

Die PDS ist die einzige Partei, die die Frage nach einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums konsequent stellt. Wir wollen nicht in Robin Hood-Manier oben nehmen und unten geben, sondern wir wollen zum einen, daß der Reichtum primär dort bleibt, wo er

produziert wird, bei den Lohnabhängigen. Zum anderen wollen wir, daß Reichtum nicht spekulativ, sondern für einen beschäftigungsorientierten und nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft eingesetzt wird.

Die PDS ist eine Partei, die sich entschieden für die Erweiterung der Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Der Begriff der Demokratisierung der Demokratie ist inzwischen auch von Wissenschaftlern als ein Begriff der PDS anerkannt worden, und wie wir in unserer Wahlkampfumfrage kürzlich feststellen konnten, wird dieses Engagement auch in der Bevölkerung zunehmend anerkannt. Ich plädiere daher nicht nur dafür, daß unsere Vorschläge zur Erweiterung direkter Demokratie auf allen Ebenen unterstützt werden, sondern daß wir auch dieses Markenzeichen der PDS nicht leichtfertig aufgeben. Aus den Anträgen geht nicht ganz klar hervor, warum einzelne Gruppen und Mitglieder den Begriff der Demokratisierung der Demokratie so vehement ablehnen. Wenn dahinter steckte, in traditioneller Weise davon auszugehen, daß die bürgerlichen Gesellschaften von vornherein undemokratisch, die Demokratie also nicht demokratisiert werden könne, so möchte ich eindringlich vor dieser Einschätzung warnen. Wenn es sich um rein sprachliche Vorbehalte handelte, so bitte ich darum, zu verstehen, was für ein Glücksfall es ist, daß dieser Begriff uns zugeordnet wird, uns gehört.

Die PDS ist die einzige Partei, die konsequent, und auch die einzige Partei, die umfassend ostdeutsche Interessen und ostdeutsches Selbstbewußtsein artikuliert. Wir haben für Ostdeutschland nicht regionalpolitische, sondern in die Zukunft weisende gesellschaftspolitische Alternativen, die Pilotprojekt und Ausgangspunkt für eine moderne, nachhaltige Entwicklung der gesamten Bundesrepublik werden könnten. Wir jammern nicht und wir fordern nicht, daß Ostdeutschland noch mehr Geld bekommen müßte, wir fordern, daß die Ostdeutschen endlich mehr geben können: durch Arbeitsmöglichkeiten, dadurch, daß endlich der große Wert ihrer anderen Lebensläufe und anderen Erfahrungen genutzt würde, durch Gleichberechtigung und durch reale Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung des Gemeinwesens.

Die PDS ist die einzige Partei, die in ihrem Wahlprogramm konkrete Alternativen zur Zerstörung der Gesellschaft durch den Neoliberalismus vorgelegt hat. Dazu gehören unsere Vorstellungen zur Re-Regulierung und Repolitisierung der Wirtschaft und des Finanzsystems ebenso wie unsere Forderungen nach direkter Demokratie, der Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, zur Demokratisierung der Europäischen Union sowie zur Durchsetzung internationaler sozialer und ökologischer Standards. (...)

Die Vielfalt der Menschen wird der Einfalt der Typen geopfert

„Mit Begriffen, die häufig nicht wertfrei benutzt werden, findet am Institut ein sensibler Umgang und eine kritische Auseinandersetzung statt.“ Wie bitte? Ein sensibler Umgang mit „rassischen Mischehen“, „fremdrassischen“, oder „gleichrassischen Partnern“? Ja, meinen Studierende und Lehrende am Institut für Humanbiologie der Uni Hamburg und erklären, daß sie im Rassenkundeunterricht „keine ... biologistischen Haltungen erkennen konnten“. Dem widerspricht die AG gegen Rassenkunde – jetzt auch in Buchform – und dokumentiert die seit 1986 geführte Auseinandersetzung um Forschung und Lehre am Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg. Im Zentrum ihrer 225 Seiten umfassenden Kritik steht das Lehrbuch des Institutsleiters, Prof. Dr. Rainer Knußmann.

Der ungewöhnlich rasante Evolutionsprozeß, den sein „Lehrbuch der Anthropologie und Humangenetik“ in nur 16 Jahren durchgemacht hat, ist für die wissenschaftliche Grundausrüstung dieser Disziplin derart bezeichnend, daß ich eine der Absonderlichkeiten hier vorstellen möchte: Nach dem Standardwerk, „Vergleichende Biologie des Menschen“ (Erstauflage 1980) gilt für „Australiden“: „Mittel- bis hochwüchsig, schlank, aber robuster Körperbau, sehr lange Gliedmaßen, relativ häufig abgespreizte Großzehe; ... geneigte Stirn mit starken Überaugenwülsten, unterdurchschnittliche Schädelkapazität, dickes Schädeldach ...: breites, grobes Gesicht“ usw. In der überarbeiteten Fassung der zweiten Auflage (1996) lautet nämlich Beschreibung: „Mittel- bis hochwüchsig, schlank, aber robuster Körperbau, sehr lange Gliedmaßen; ... geneigte Stirn mit relativ starken Überaugenbögen, dickes Schädeldach; breites, robustes Gesicht“ usw.

Wulf D. Hund, Professor für Soziologie der HWP Hamburg, weist in seinem begleitenden Vorwort zur Veröffentlichung der AG gegen Rassenkunde auf zwei erstaunliche Entwicklungen hin: In weniger als einer Generation konnten die „Australiden“ die Differenz der Schädelkapazität ausgleichen. Nicht minder überraschend ist das Verschwinden der abgespreizten Großzehe. Immerhin galt sie als Merkmal nichtmenschlicher Primaten, welches 1980 noch als „Atavismus“ aufgetreten war und den Fuß annähernd zum „Greiffuß“ werden ließ.

Dieses Beispiel zeigt bereits, daß es das anthropologische Lehrbuch nicht bei der vermessenden Feldforschung beläßt. Vielmehr versucht die Rassenlehre, „eine Ordnung hereinzubringen, die Vielfalt

überschaubar werden läßt“. Das Unterfangen liest sich in erster Fassung dann so: „Mehr oder weniger generell phylogenetisch-primitive Rassen, d.h. solche, die insgesamt den Tierprimaten nächstehen als andere ... sind in der heutigen Menschheit kaum zu finden (am ehesten Australiden).“ 1996 heißt es über solche Überlegungen beim selben Autor: „Rassenideologen (sic!) pflegen ... bestimmte Rassen gegenüber anderen generell als phylogenetisch-primitiver darzustellen, d.h. den Tierprimaten nächstehend ...“, womit sich die Forschung in des Forschers Schwanz verbissen hätte.

Hätten es die KritikerInnen beim einfachen Zirkelschluß belassen, wäre zwar Prof. Dr. Knußmann nach eigener Ausführung als Rassenideologe überführt, aber der eigentliche Widerspruch zwischen den Lehrinhalten und der Selbstwahrnehmung der Beteiligten schlichtweg unterschlagen worden. Die Dozentinnen und Dozenten der Humanbiologie selbst verorten sich im liberalen, gar linken Spektrum und distanzieren sich vehement von politisch motiviertem Rassismus. Sie verteidigen eine „objektive“ Wissenschaft, zu der nach ihren Auffassungen die Einteilung der Menschheit in „Rassen“ gehört. Bei ihnen beginnt Rassismus dort, wo rassistische Ideologen – etwa die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. – sich der wissenschaftlichen Kategorien bemächtigt und Herrenmenschentum rausschreien. Prof. Dr. Knußmann kennt den Vereinsvorsitzenden und Hamburger Nazi-Kader, Jürgen Rieger, zwar nicht persönlich, wohl aber das generelle Problem: „In der Sache ist rassenkundlicher Unterricht auf jeden Fall sinnvoll, und zwar gerade weil es Rassen gibt. Ihrer Ideologie (...) ist das wissenschaftliche Konzept der Entstehung geographischer Merkmalsvariabilität entgegenzustellen, indem gezeigt wird,



AG gegen Rassenkunde (Hrsg.), *Deine Knochen - Deine Wirklichkeit, Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie, Reihe antifaschistischer Texte/Unrast-Verlag, Hamburg/Münster, März 1998, ISBN: 3-928300-80-6, 224 Seiten, paperback, DM 16,80*

was Rassen wirklich sind, nämlich unterschiedliche Adaptionen an unterschiedliche Räume mit unterschiedlichen klimatischen und unterschiedlichen ökologischen Gegebenheiten sowie unterschiedlichen jahrtausendelangen Krankheitsbelastungen.“

Das bestreiten die „Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuitäten in der Humanbiologie“ und verweisen auf die Geschichte, die Wissenschaftskritik der Aufklärung und Carl Linné. Auf letzteren geht die Konstruktion der Hautfarbe als bestimmendes Merkmal zur Einteilung von Rassen zurück. Phänotypische und physiologische Merkmale – hauptsächlich Haut-, Haarfarbe sowie Körperformen – wurden herausgepickt, um die Herrschaft der europäischen Eroberer über die kolonialisierten Völker zu legitimieren. Warum aber war die Hautfarbe ausschlaggebend? Die Antwort ist relativ simpel: der Einfachheit halber. „Rassen“ kommen in der Natur nicht vor. Sie sind das Produkt klassifikatorischer



Anstrengungen, und der größte Teil der Informationsaufnahme erfolgt über das menschliche Auge. Der Rassenbegriff verknüpft nun äußere zumeist sichtbare, Merkmale mit sozialen Verhaltensweisen und erklärt das Konstrukt zur „natürlichen Abstammung“. Mit naturgesetzlichen Erkenntnissen hat das nichts zu tun. Bei 149 Mio. Quadratkilometern „natürlicher Abstammung“ des Menschen ist es deshalb nicht verwunderlich, daß die verschiedenen typologischen Rassensystematiken – je nach Einteilung – auf drei bis dreihundert Menschenrassen kommen.

Ein Kollege der Hamburger HumanbiologInnen, Ulrich Kattmann, bestreitet die Zweckmäßigkeit der Unterteilungen in Menschenrassen grundsätzlich: „Die Vielfalt der Menschen wird der Einfachheit der Typen geopfert: Jede Rassenklassifikation simplifiziert die Vielfalt in unzulässiger Weise, indem ... dabei (kleine) Gruppenunterschiede höher bewertet werden als (größere) zwischen den Individuen ein und der selben Gruppe.“ Der Dozent an der Uni Oldenburg schließt mit einem für die Rassenkunde vernichtenden Resümee: „Eine Grundlinie im Verständnis des Begriffs Rasse läßt sich

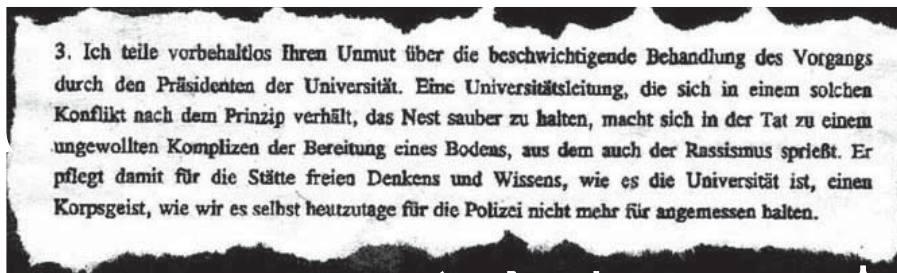
stätigen den Forschungsstand. Entsprechend relativiert Prof. Dr. Knußmann den Rassenbegriff, „denn im Sinne biologisch scharf voneinander abgegrenzter Gruppen gibt es tatsächlich keine Rassen“. In einem zweiten Schritt wird die Rasse dann hinterrücks wieder eingeführt: „Was es aber unbestreitbar gibt, ist eine phylogenetisch bedingte geographische Differenzierung, in der sich verschiedene – genetisch determinierte – Schwerpunkte erkennen lassen. Zumindest diese Schwerpunkte, aber auch die verschiedenen Abstufungen zwischen ihnen werden – dem Gebrauch des Begriffes in der gesamten Biologie folgend – als Rassen bezeichnet.“ Eindeutiger kann oder will sich das Standardwerk der Anthropologie in der „Frage nach rassistischer Bedingtheit oder Umweltresultanten“ nicht festlegen. Um so entschlossener fällt das Wissen über die „Unterschiede zwischen den rassischen Gruppen nach Begabungsbereichen“ aus. Wie diese Unterschiede genau aussehen, bleibt offen. Allerdings wird festgestellt, daß sie „deutlich“ sind. Der Rest bleibt der Phantasie überlassen und entsteht im Auge des Betrachters. Die wenigen Ausführungen wie die „musische Begabung der

Hajen forderte vom Präsidenten der Universität, Jürgen Luthje, eine Stellungnahme. Eine Arbeitsgruppe des Akademischen Senats wurde eingesetzt, der Kriminologe Fritz Sack mit einem Gutachten beauftragt. Dieser bezeichnet die im Lehrbuch behaupteten Zusammenhänge zwischen Kriminalität und „genetischer Belastung“ bei Personen mit „psychischen Auffälligkeiten“ als „irreführend, wissenschaftlich unvertretbar und politisch verantwortungslos“. Ganz anders der Abschlußbericht vom 30.10.1997: Der Akademische Senat kommt darin zu dem Schluß, daß die „Vorwürfe des Rassismus, des Antisemitismus und des Biologismus“ gegenüber den Lehrenden des Institutes „nicht begründet“ seien. Konsequenzen? Die Rassenkunde-Veranstaltung wird mit Beginn des neuen Semesters in „Geographische Variabilität des Menschen“ umbenannt, und die beanstandeten Materialien aus der Zeit des Nationalsozialismus landen im institutseigenen Giftschrank.

Für die AG gegen Rassenkunde sind das kosmetische Maßnahmen, solange nicht der Rassenbegriff samt Begründungszusammenhang vom Tisch ist. Ihre Forderung lautet: Schließung des Institutes und Einrichtung eines Arbeitsbereiches ‚Kritische Biologie‘. Ihre in der Reihe antifaschistische Texte (rat) erschienene Aufsatzsammlung schließt mit einer „Chronik der Proteste“ der letzten 12 Jahre. Da die Studierenden beispielsweise in Mainz oder Kiel mit ähnlichen Inhalten konfrontiert werden, hoffen sie, „daß unsere Erfahrungen dadurch auch für kritische Auseinandersetzungen und für Protestaktionen in anderen Städten genutzt werden können“.

Ich habe mich beschränken müssen und so im wesentlichen den Aufsatz von Jan Diedrich und Johann Knigge „Rassenkunde am Institut für Humanbiologie“ vorgestellt. Dort finden sich weitere Aspekte, wie die Kritik am Konstrukt der „Juden als Bevölkerungstyp“ oder die Ursachen für „soziale Auffälligkeiten“ im Zusammenhang mit der Frage der Vererblichkeit von Intelligenz. In den Beiträgen von Britta Bergmann, Jakob Michelsen und Elke Ostbomk-Fischer geht es um den Zusammenhang von „Geschlechterkonstruktionen“ und „lesben- und schwulenfeindlicher Forschung am Humanbiologischen Institut“. Ruth Stiasny streift durch die geschichtlichen Entwicklungen des Rassismus, und Jakob Michelsen verfolgt die inhaltlichen und personellen Linien der NS-AnthropologInnen der „Breslauer Schule“ bis heute. Naturwissenschaftliche Vorkenntnisse sind fürs Lesen und Verstehen nicht notwendig, und meine geographischen Kenntnisse sind auch begrenzt. Ich, übrigens, bin in Heidelberg geboren, aber mein Vater kommt aus dem Hannoverischen und die Familie meiner Mutter aus der Lausitz. Von wo stammen Sie eigentlich her?

kun



im gesamten Verlauf der Anthropologie nicht erkennen.“

In den eigenen Fachkreisen ist der Rassenbegriff – vorsichtig ausgedrückt – umstritten. Im Juni 1995 beschäftigte sich eine Konferenz „Gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung“ der UNESCO speziell mit dem Forschungsstand in der Anthropologie, Biologie und Humangenetik. In einer gemeinsamen Abschlußklärung gelangen achtzehn Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zur Schlußfolgerung, daß es „keinen wissenschaftlichen Grund (gibt), den Begriff ‚Rasse‘ weiterhin zu verwenden“. Warum? Erstens Sorge nur ein verschwindender Anteil der menschlichen Gene für das verschiedene Äußere, auf das sich der typologische Rassenbegriff bezieht: etwa 50 oder noch weniger von 60000; und zweitens seien die genetischen Unterschiede zwischen verglichenen Menschengruppen verschiedener Erdregionen fließend und weisen keine größeren Brüche zwischen den Gruppen auf. Dagegen variieren die genetischen Merkmale der einzelnen Menschen innerhalb einer Gruppe vergleichsweise stark.

Die DozentInnen am Hamburger Humanbiologischen Institut kennen und be-

Schwarzen“ entstammen der Mottenkiste rassistischer Vorurteile und sind auf dem Niveau von „Neger können besser tanzen, Indianer besser Töpfe machen“.

Sicherlich gibt es Merkmale des Menschen, die sich in geographischer Häufigkeit unterscheiden, so die für die Rasseinteilung so wichtige Hautfarbe. Zu bestreiten ist jedoch, daß sich aus den Merkmalen des Menschen biologische Gruppen konstituieren lassen. Die vernachlässigten Merkmale, also Schuhgröße, Wimpernlänge, Darmvolumen sind zum Beispiel nicht in die Bildung dieser Gruppen eingeflossen. Virendra Chopra, einer der Dozenten des Institutes, zieht die Grenze schon bei einer Kombination von rund 60 Merkmalen. Er schließt daraus nicht etwa die Fragwürdigkeit der geographischen Zuordnung menschlicher Merkmale und Eigenschaften, sondern lediglich das Verwenden von so vielen Merkmalen, da es den Begriff Rasse ad absurdum führt. „Hautfarbenvariabilität“ hier, Töpfen da, der Prozeß der Bedeutungsproduktion wird vorstellbar.

Die Presseberichterstattung hat in den vergangenen zwei Jahren in Hamburger eine Menge Staub aufgewirbelt. Der ehemalige Wissenschaftssenator Leonhardt

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm.

20./21. April: SPD-Bundesparteitag in Leipzig wählt Kanzlerkandidat und verabschiedet Wahlprogramm

25. April: Kongreß gegen das MAI in Bonn Audi-Max, Pädagogische Fakultät, Römerstr. 164

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

2. Mai 1998: Karawane nach Genf zur WTO Konferenz: Ein Aktionsbündnis von Widerstandsbewegungen aus aller Welt – „Peoples Global Aktion“ – organisiert Proteste gegen das M.A.I (Multilateral Agreement of Investment) und den neoliberalen Umbau der Welt durch die Konferenz der Welthandelsorganisation WTO am 18.-20. Mai in Genf. In Genf beginnt Mitte April eine Karawane, die am 2.5. in Frankfurt/Main eintrifft, dann über zahlreiche Städte führt und am 16.5. nach Genf zurückkommt, wo mit einer „Global Street Party“ Aktionen in Genf eingeleitet werden, die bis zum 20.5. dauern. **Info:** WIWA Wendland, c/o Abraxa, Marschtorstr. 56, 29451 Dannenberg. Tel./Fax: 05861/2527. Email: wiwawend@mail.nadir.org.

2./3. Mai: EU-Konferenz entscheidet Teilnehmerkreis der EU-Währungsunion ab 1.1.1999

17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlpartei-tag in Bremen

22./23. Mai: Kongreß „Renaissance der Grundrechte“ in München. Bestandsaufnahme des Abbaus der Grundrechte und Planung gemeinsamer Aktivitäten. Bisher an der Vorbereitung beteiligt: IAF, Pro Asyl, Humanistische Union, Humanistische Bewegung, Bündnis 90/Die Grünen, Bayer. Flüchtlingsrat, VDJ, Neue RichterrInnen Vereinigung, Republikanischer An-

wältinnen- und Anwälteverein, Arbeiterwohl-fahrt. **Infos** über Büro MdEP Claudia Roth, Tel. 0228/1687939.

22./24. Mai: DKP-Parteitag in Hannover

22.05.1998 CDU-Wahlpartei-tag 17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlpartei-tag in Bremen.

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstiftenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß. **Infos** unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. **Infos** bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart



Multilaterales Abkommen über Investitionen: Der Gipfel der Globalisierung Internationaler Kongreß

Samstag, 25. April, 9.30 Uhr bis 18 Uhr, Audimax, Pädagogische Fakultät, Universität Bonn, Römerstr. 164

ABLAUF:

10 Uhr: Der Abbau der Demokratie: Das MAI und die Bedrohung der Rechte und Freiheiten der BürgerInnen. Tony Clarke, Direktor, Polaris Institute, Ottawa, Kanada.

10.45: Was bedeutet das MAI für Deutschland. Maria Mies, Soziologin, Köln

11.15: Fragen / Diskussion

13.00: Mittagspause

14.00: Das MAI aus der Perspektive des Südens. Martin Khor, Direktor Third World Network, Penang, Malaysia.

14.30: Fragen / Diskussion

15.30: Die Folgen der Globalisierung für die Erwerbsarbeit. Theo Stegmann (IG Metall) Duisburg

16.00: Fragen / Diskussion

16.30: Internationaler Widerstand gegen das MAI, die Globalisierung und den „Frei“handel. Ann Stafford (Soziologie, Berlin)

17.00: Diskussion: Wie soll es weitergehen? Informationen über Aktionen, Aktionsvorschläge usw.

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart